



Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1979

Die Lage der Weltwirtschaft . . . . .	435
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	441

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## WOCHENBERICHT 43-44/79

Berlin

25. Oktober 1979

46. Jahrgang

### Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1979

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Essen:

**Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin**  
(Institut für Konjunkturforschung)

**HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg**

**IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München**

**Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel**

**Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen**

*Abgeschlossen in Hamburg am 18. Oktober 1979*

#### Die Lage der Weltwirtschaft

In den Industrieländern mehren sich die Anzeichen für ein Ende des konjunkturellen Aufschwungs. In den USA haben rezessive Einflüsse bereits das Übergewicht bekommen, und in Westeuropa hat der Anstieg von Nachfrage und Produktion seit dem Frühsommer nachgelassen. Vom Ölpreisschub gingen konjunkturdämpfende Wirkungen aus; er verstärkte die Inflation und veranlaßte die wirtschaftspolitischen Instanzen, auf einen Kurs zur Einengung der Überwälzungsspielräume umzuschwenken. Die Leistungsbilanzen der Industrieländer haben sich aufgrund der stark verschlechterten Terms of Trade wieder passiviert, doch hielt sich diese Entwicklung in Grenzen.

#### Rezession in den USA

In den USA haben sich seit dem Frühjahr rezessive Kräfte durchgesetzt. Die konjunkturelle Entwicklung von Nachfrage und Produktion wurde dabei im Jahresverlauf von den Auswirkungen der Benzinverteuerung, verbunden mit zeitweiligen Verknappungserscheinungen, überlagert. Hierdurch ergab sich unerwartet bereits im zweiten Quartal ein Rückgang des realen Bruttosozialprodukts, dem im dritten Vierteljahr eine weniger ungünstige Entwicklung folgte. Besonders deutlich war die Abschwächung im Verlauf dieses Jahres beim privaten Verbrauch. Entscheidend hierfür war der starke Preisanstieg, der zu einer Schmälerung der verfügbaren Realein-

kommen führte. Auch von den Unternehmensinvestitionen gingen trotz der bis zum Frühjahr günstigen Gewinnentwicklung keine Impulse mehr aus. Gleichzeitig kam es zu einem Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen. Er fiel jedoch vermutlich deshalb milde aus, weil im Wohnungseigentum Schutz vor inflationsbedingten Vermögensverlusten gesucht wird. Kräftig gestiegen sind dagegen die Exporte. Sie wurden durch eine noch günstige Konjunkturlage in Westeuropa und Japan, durch die verbesserte internationale Wettbewerbsfähigkeit und eine lebhaftere Nachfrage nach Nahrungsmitteln auf den Weltmärkten gefördert.

In den Arbeitslosenzahlen hat sich der Konjunkturabschwung in den USA noch nicht niedergeschlagen. Die Erwerbslosenquote verharrte bei etwa 6 vH. Die Zahl der Beschäftigten nahm seit dem Frühjahr nicht weiter zu; in der Industrie ging sie sogar leicht zurück. Aber auch das Arbeitskräftepotential stieg in dieser Zeit nicht mehr.

Der Lohnauftrieb hat sich verlangsamt. Dennoch hat sich der Anstieg der Lohnstückkosten spürbar verstärkt, weil die Arbeitsproduktivität bei rückläufiger Produktion und unveränderter Beschäftigung abnahm.

Der drastisch beschleunigte Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe hielt an. Besonders stark stiegen die Preise für Energie, während sich die Nahrungsmittel im Sommerhalbjahr nur noch wenig verteuerten. Die jüngste Beschleunigung des Anstiegs der industriellen Erzeugerpreise — nach einer Verlangsamung im Frühsommer — läßt vorerst keine Beruhigung bei den Verbraucherpreisen erwarten.

Die Verschlechterung der Terms of Trade, bedingt vor allem durch den Anstieg der Mineralölpreise, hat einen weiteren Abbau des Handelsbilanzdefizits verhindert. Es verharrte im bisherigen Verlauf dieses Jahres etwa auf dem Niveau des zweiten Halbjahrs 1978. Allerdings vergrößerte sich der Überschuß in der Dienstleistungsbilanz, so daß die Leistungsbilanz im ersten Halbjahr fast zum Ausgleich kam.

Trotz der erheblichen Verbesserung der Leistungsbilanz geriet der Dollar in den letzten Monaten wieder unter Druck. Darin schlugen sich wachsende Zweifel an den Stabilisierungsbemühungen nieder. Sie waren wohl vor allem dadurch genährt worden, daß die Zentralbank wieder eine kräftigere Ausweitung der Geldmenge zuließ, um den Zinsanstieg in Grenzen zu halten. Mit dem jüngsten Entschluß, ihre Politik in Zukunft strikter an den Geldmengenzielen zu orientieren und die Bildung von Zinssätzen den Marktkräften zu überlassen, sollen nunmehr die Stabilisierungsanstrengungen glaubhaft gemacht werden. Die Einhaltung des unverändert geltenden Geldmengenziels erfordert eine deutliche Verlang-

samung der laufenden monetären Expansion. Der geldpolitische Kurswechsel wurde mit einer Verschärfung der Mindestreserveanforderungen untermauert.

Von der Finanzpolitik gingen das ganze Jahr über kontraktive Wirkungen aus. Die realen Staatsausgaben nahmen ab. Die inflationsbedingten Steuermehreinnahmen ließen das Defizit des Bundeshaushalts schneller sinken, als ursprünglich geplant war.

Wird die angelegte Politik der forcierten Preisstabilisierung über längere Zeit beibehalten, so wird dies zu einem kräftigen Produktionsrückgang führen, wenn sich die Inflationsmentalität als besonders hartnäckig erweist. Eine derartige Entwicklung ist durchaus denkbar, doch ist sie nicht zuletzt aufgrund des bislang gemäßigten Lohnauftriebs kaum wahrscheinlich. Um so eher kann damit gerechnet werden, daß die Wirtschaftspolitik ihren Bremskurs lockert. In der Finanzpolitik zeichnen sich bereits Steuersenkungen ab.

Vor diesem Hintergrund dürfte die rezessive Entwicklung fürs erste andauern. Dazu wird schon bald die Anpassung der Lagerbestände an die ungünstigeren Absatzerwartungen beitragen. Da es im vorausgegangenen Aufschwung nicht zu übersteigerten Lagerinvestitionen kam, ist der Anpassungsbedarf hier jedoch geringer als etwa in der Rezession 1974/75. Die Arbeitslosenquote wird bei dieser Entwicklung wieder deutlich zunehmen. Der Preisauftrieb dürfte sich im Laufe des nächsten Jahres allmählich abschwächen. Im Jahresdurchschnitt 1980 ergibt sich ein Anstieg der Verbraucherpreise um etwa 10 vH, gegenüber einer Erhöhung um rund 11 vH im Jahre 1979. Mit einer allmählichen Belebung von Nachfrage und Produktion kann erst in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres gerechnet werden. Auf eine Tendenzwende dürften verschiedene Faktoren hinwirken: Der private Konsum wird als Folge von Steuersenkungen und nachlassender Inflation wieder zunehmen. Dies dürfte zusammen mit Bemühungen um Energieeinsparungen und wieder sinkenden Zinssätzen die Unternehmensinvestitionen stützen. Insgesamt wird das reale Brutto-sozialprodukt, das 1979 wegen des hohen Überhangs noch um 1 1/2 vH über dem Vorjahrsniveau liegen dürfte, im Jahresdurchschnitt 1980 etwas niedriger sein als 1979.

Im Außenhandel dürften sich die Aktivierungstendenzen schon bald wieder durchsetzen, da kaum eine nennenswerte weitere Verschlechterung der Terms of Trade zu erwarten ist. Hierzu wird nicht nur die konjunkturell bedingte Verringerung des Importbedarfs der USA beitragen, sondern auch die vermutlich zunehmende Anstrengung amerikanischer Produzenten, ausfallende Inlandsnachfrage durch eine Erhöhung der Exporte auszugleichen.

### **Noch zügige Expansion in Japan**

Der kräftige Konjunkturaufschwung in Japan hat sich im Sommerhalbjahr fortgesetzt. Das reale Bruttozialprodukt stieg weiter mit einer laufenden Jahresrate von 6 bis 7 vH auf Jahresbasis. Impulse erhielt der Aufschwung hauptsächlich von der privaten Inlandsnachfrage. So steigerte vor allem die verarbeitende Industrie ihre Investitionen erheblich. Getragen von einer beachtlichen Expansion der verfügbaren Einkommen nahm der private Verbrauch weiter kräftig zu. Hingegen sind die Staatsausgaben, die im vergangenen Jahr den Aufschwung eingeleitet hatten, real gesunken. Das Ausfuhrvolumen nahm im zweiten Quartal nach einjährigem Rückgang wieder zu. Die Leistungsbilanz ist trotzdem seit März dieses Jahres defizitär, die Einfuhrpreise stiegen – besonders wegen der starken Verteuerung des Rohöls – erheblich rascher als die Ausfuhrpreise. Die kräftige Verteuerung der Einfuhr hat sich bereits deutlich auf der Großhandels- und der Erzeugerstufe niedergeschlagen, während sich der Auftrieb der Verbraucherpreise bis August noch nicht nennenswert verstärkt hat.

Die deutlicher werdenden Inflationstendenzen und die kräftige Abwertung des Yen dürften weitere Dämpfungsmaßnahmen insbesondere der Geldpolitik auslösen. Nachdem die Investitionen in diesem Jahr kräftig erhöht worden sind, wird sich daher ihr Anstieg im Laufe des nächsten Jahres wohl verlangsamten. Mit der Beschleunigung des Preisauftriebs auf der Verbraucherstufe wird sich auch die Zunahme des privaten Konsums abflachen. Angesichts der bislang günstigen Reallohnentwicklung besteht Aussicht, daß sich der Verteilungskampf in der Lohnrunde des kommenden Frühjahrs nicht übermäßig verschärfen wird. Dies läßt erwarten, daß die Bremswirkungen der Wirtschaftspolitik begrenzt bleiben werden. Da sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Produkte durch die Yen-Abwertung verbessert hat und die freiwilligen Exportbeschränkungen aufgehoben wurden, sind trotz der Nachfrageabflachung im Ausland die Aussichten für die weitere Zunahme der Ausfuhr nicht ungünstig. Unter der Annahme, daß es nicht zu einer neuen kritischen Entwicklung auf dem Welterdölmarkt kommt, ist für das nächste Jahr ein Anstieg des realen Bruttozialproduktes um 4 vH, nach 5,5 vH im Jahresdurchschnitt 1979, zu erwarten. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich voraussichtlich von 4 vH in diesem auf 6 vH im nächsten Jahr verstärken.

### **Abschwächungstendenzen auch in Westeuropa**

Die konjunkturelle Erholung in Westeuropa setzte sich bis zum Frühsommer fort; danach hat sich das Expansionstempo verlangsamt. Der Preisauftrieb hat sich spürbar beschleunigt, nicht zuletzt infolge des

starken Anstiegs der Energiekosten. Der private Verbrauch hatte bis zur Jahresmitte in den meisten Ländern noch kräftig expandiert. Zwar verlangsamte sich schon im ersten Halbjahr der Anstieg der realen verfügbaren Einkommen aufgrund des stark beschleunigten Preisauftriebs. Offenbar reagierten aber die Verbraucher zunächst mit einer Verringerung der Sparneigung. Danach kam es zu Abschwächungstendenzen, die sich im Zusammenhang mit der Entwicklung auf den Mineralölmärkten insbesondere bei der Nachfrage nach Automobilen zeigten.

Die privaten Ausrüstungsinvestitionen haben bisher zumeist etwas stärker als im vergangenen Jahr zugenommen; allerdings hat sich im allgemeinen kein nachhaltiger Investitionsaufschwung ergeben. Die staatlichen Investitionen, von denen bis zum Winter 1978/79 in vielen Ländern kräftige Impulse ausgegangen waren, nahmen langsamer zu. Dies war in mehreren Ländern darauf zurückzuführen, daß die in den Jahren nach der weltweiten Rezession 1974/75 aufgelegten Investitionsprogramme allmählich auslaufen. Allerdings ist die Finanzpolitik in einigen Ländern, insbesondere in Frankreich und in den Niederlanden, weiter auf eine möglichst stetige Ausweitung der öffentlichen Investitionen ausgerichtet. Im privaten Wohnungsbau kam es meist nur zu einer leichten Belebung, zumal sich die Finanzierungsbedingungen fast überall wieder verschlechterten.

Die Ausfuhren der westeuropäischen Länder haben sich im ersten Halbjahr weiter merklich erhöht. Dies gilt vor allem für den innereuropäischen Handel. Demgegenüber nahm der Export nach Nordamerika und in die Rohstoffländer nur verhalten zu. Da sich zugleich die Terms of Trade als Folge der starken Verteuerung von Rohstoffen und insbesondere Erdöl erheblich verschlechterten, ergab sich in den Handelsbilanzen eine deutliche Passivierungstendenz.

Auf dem Arbeitsmarkt, auf dem sich die konjunkturelle Entwicklung stets verzögert niederschlägt, hat sich die Lage insgesamt nur wenig verändert. Die Beschäftigung stieg vermutlich noch leicht an. Doch wegen des weiteren Anstiegs des Erwerbspersonenpotentials nahm die Arbeitslosenquote insgesamt nicht ab. Verschiedentlich, wie insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien, ist sie gesunken. In Frankreich hingegen hat sie sich trotz erneuter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen weiter erhöht. Die gleichzeitig in den meisten Ländern noch leicht gestiegene Zahl offener Stellen deutet darauf hin, daß sich die strukturellen Probleme am Arbeitsmarkt verschärfen.

Der Preisauftrieb hat sich seit der Jahreswende deutlich verstärkt. Die Unterschiede in den Teuerungsraten sind dabei von Land zu Land noch größer geworden. Die Inflationsbeschleunigung folgte

der bis Ende 1978 kräftigen monetären Expansion, die die Preiserhöhungsspielräume deutlich erweitert hatte. Überall erhielt der Preisauftrieb kräftige Anstöße von der Verteuerung der Mineralölprodukte. Teilweise wurden administrierte Preise sehr stark angehoben. Darüber hinaus wurden zur Jahresmitte in der Bundesrepublik Deutschland und in Dänemark, besonders drastisch aber in Großbritannien, Verbrauchsteuern erhöht.

Die Entwicklung auf den vorgelagerten Stufen deutet darauf hin, daß der Anstieg der Verbraucherpreise vorerst kräftig bleiben wird. Zudem dürfte sich mit der Abflachung des Produktionsanstiegs in vielen Ländern die Zunahme der Lohnstückkosten nicht mehr verlangsamt haben. Trotz der starken Preissteigerungen hat sich der Lohnauftrieb im allgemeinen noch nicht wieder beschleunigt.

Die Beschleunigung des Preisauftriebs hat viele Länder, so vor allem die Bundesrepublik Deutschland, veranlaßt, von einer Politik der Nachfragestimulierung auf einen Kurs der Inflationsbekämpfung umzuschwenken; insbesondere Belgien und Dänemark waren auf diese Weise auch bestrebt, ihre Währungen im Rahmen der durch das Europäische Währungssystem festgelegten Paritäten zu halten. Deutlich auf Stabilisierung und Konsolidierung ausgerichtet ist die Wirtschaftspolitik in Großbritannien; zudem wird grundsätzlich eine Reduzierung des Staatsanteils zugunsten der privaten Wirtschaft angestrebt.

Alles in allem ist eine konjunkturelle Abschwächung 1980 in Westeuropa wahrscheinlich, zumal die Ölpreiserhöhung im Winterhalbjahr deutlichere Entzugseffekte insbesondere auf den privaten Verbrauch haben wird. Die Konjunkturabschwächung dürfte sich aber in Grenzen halten. Im Vergleich zu 1974/75 stellen sich nämlich die Gewinnsituation, die Lagerentwicklung der Unternehmen sowie die Leistungsbilanzsituation der meisten Länder günstiger dar. Auch sind die Mehrausgaben für Ölimporte, bezogen auf das Sozialprodukt, geringer.

Im Durchschnitt des Jahres 1980 dürfte der Anstieg des realen Bruttosozialprodukts in Westeuropa etwa 2 vH betragen; er ist damit spürbar niedriger als in diesem Jahr (3 1/4 vH). Die Arbeitslosigkeit wird wieder zunehmen. Mit einer Beruhigung des Preisauftriebs ist erst im Verlauf des nächsten Jahres zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 1980 werden die Verbraucherpreise mit 9 vH etwas stärker als 1979 (8 1/2 vH) steigen.

#### **Verlangsamter Anstieg des Welthandels**

Das Welthandelsvolumen ist im ersten Halbjahr 1979 zügig weiter gestiegen. Einen wichtigen Anteil an dieser Entwicklung hatten die westeuropäischen

Industrieländer und Japan, während die Importnachfrage der USA im Zusammenhang mit der dort eingetretenen rezessiven Entwicklung nur wenig zunahm. Die Bezüge der erdölexportierenden Länder sanken, zumindest im ersten Jahresdrittel, erheblich. Dies war auf zeitweilige Finanzierungsschwierigkeiten sowie die Krise im Iran zurückzuführen. Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird der Welthandel etwas langsamer expandieren. Den dämpfenden Einflüssen, die von der Rezession in den USA und der Konjunkturabflachung in den anderen Industrieländern ausgehen, wird voraussichtlich eine lebhaftere Nachfrage seitens der OPEC-Länder gegenüberstehen, auch wegen des Wiederanstiegs der iranischen Einfuhr. Für den Durchschnitt des Jahres 1979 ist mit einem Anstieg des Welthandelsvolumens um 6,5 vH zu rechnen.

Im Jahr 1980 wird sich die Zunahme des Welthandels wahrscheinlich weiter abflachen. Hierfür spricht einmal die erwartete Dämpfung der Nachfrage und Produktion in den westeuropäischen Industrieländern und in Japan. Zum anderen wird die vermutlich bis ins kommende Jahr hinein anhaltende Rezession in den USA deren Einfuhrnachfrage drücken. Retardierende Einflüsse auf die Importnachfrage werden dabei in den Industrieländern von der Lagerentwicklung ausgehen. Die Bezüge der nichterdölproduzierenden Entwicklungsländer dürften unter dem Einfluß noch kräftig zunehmender Leistungsbilanzdefizite verlangsamt steigen. Demgegenüber wird sich der mäßige Einfuhranstieg der Staatshandelsländer wohl fortsetzen. Die genannten negativen Faktoren werden zum Teil durch eine Beschleunigung der Einfuhr der OPEC-Länder aufgewogen, auch wenn deren Mehrausgaben noch erheblich hinter ihren Mehreinnahmen zurückbleiben werden. Insgesamt ist eine mäßige Zunahme des Welthandelsvolumens wahrscheinlich; im Jahresdurchschnitt dürfte sie etwa 4 vH betragen.

#### **Preisberuhigung auf den Rohstoffmärkten**

Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe ist Mitte 1979 die einjährige kräftige Hausse zu Ende gegangen. Die Rohstoffnachfrage in der westlichen Welt ließ im Zusammenhang mit dem Beginn des Abschwungs in den USA und den aufgekommenen Zweifeln an der Fortsetzung des Aufschwungs in Westeuropa nach. Die Preise wichtiger Industrierohstoffe sind nach der Jahresmitte gesunken. In der letzten Zeit löste die Unruhe auf den Devisenmärkten spekulative Rohstoffkäufe aus, die einen Wiederanstieg der Preise zur Folge hatten.

In Anbetracht der vorerst anhaltenden Konjunkturschwäche in den USA sowie der Abflachung des Aufschwungs in Westeuropa ist mit einer geringen Zunahme des Rohstoffverbrauchs und einer zurückhaltenden Vorratspolitik der Verarbeiter und Händ-

ler zu rechnen. Zu einem stärkeren Rückgang der Rohstoffpreise dürfte es jedoch im allgemeinen nicht kommen. Die Rohstoffproduzenten werden — schon wegen der kräftigen Erhöhung der Produktionskosten auch im Zusammenhang mit der Erdölverteuerung — mehr als früher versuchen, durch Angebotseinschränkungen die Preise auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten. Dies dürfte ihnen relativ leicht gelingen, weil nach dem inzwischen weit fortgeschrittenen Abbau der Rohstoffvorräte bei den Produzenten und an den Warenbörsen das Rohstoffangebot wieder mehr von der Produktion bestimmt wird.

Auf den Märkten für Erdöl und Erdölprodukte blieb die Lage labil. Da sich der Bedarf an Produkten wegen der konjunkturellen Abschwächung und der eingeleiteten Sparmaßnahmen voraussichtlich wenig erhöht und die Vorräte in den Importländern wieder aufgefüllt sind, wäre tendenziell ein Druck auf die Preise zu erwarten. Indes muß damit gerechnet werden, daß die OPEC ihre gerade drastisch verbesserten Terms of Trade zumindest zu behaupten sucht. Sie wird daher die Erdölpreise wenigstens so stark heraufsetzen, wie sich ihre Einfuhr aus den Industrieländern verteuert. Angesichts des saisonalen Bedarfsanstiegs und der derzeit noch relativ günstigen Weltkonjunktur ist so eine Anhebung der Preise für Erdöl schon in den kommenden Monaten wahrscheinlich. Einige Länder haben ihre Preise bereits in jüngster Zeit heraufgesetzt.

Die Preise für Nahrungs- und Genußmittel sind seit dem Frühjahr kräftig gestiegen. Sowohl bei Weizen als auch bei Futtergetreide ist es — insbesondere in der Sowjetunion — zu Ernteeinbußen gekommen, die im Wirtschaftsjahr 1979/80 zu einem deutlichen Rückgang der bisher sehr hohen Weltvorratsquoten führen werden. Die sehr kräftig gestiegenen Preise dürften trotz weiter zunehmenden Verbrauchs in den nächsten Monaten nur noch wenig anziehen, denn einer weiteren Verringerung der Weltvorräte dürfte durch eine Lockerung der restriktiven Produktionspolitik in den USA vorgebeugt werden. Auch bei Zucker sind die Preise infolge eines sich abzeichnenden Produktionsrückgangs und des erwarteten Beitritts der USA zum Zuckerabkommen in letzter Zeit kräftig gestiegen. Angesichts der noch sehr hohen Vorräte sind keine weiteren Preissteigerungen zu erwarten. Im Gegensatz hierzu sind die Preise für Ölsaaten infolge einer großen Ernte und eines mäßigen Verbrauchsanstiegs leicht gefallen. In der nächsten Zeit ist mit stabilen Preisen zu rechnen. Bei Rindfleisch dürfte der zyklisch bedingte Produktionsrückgang zum Stillstand kommen, so daß — bei einem gedämpften Verbrauchsanstieg — die Preise nur noch wenig steigen werden.

Auf den Kaffeemärkten ist es in den letzten Monaten zu einem kräftigen Preisanstieg gekommen. Die

zunächst schon für das Erntejahr 1979/80 erwarteten Produktionsausfälle in Brasilien dürften aber erst 1980/81 eintreten, so daß vorerst mit wieder leicht sinkenden Notierungen zu rechnen ist.

Insgesamt dürften die Preise für Nahrungs- und Genußmittel bis Mitte 1980 nur noch geringfügig steigen.

### Ausblick

Die Prognose der konjunkturellen Entwicklung in den Industrieländern steht unter der Annahme, daß im nächsten Jahr die Versorgung mit Erdöl ausreichend bleiben und sein Preis auf dem Weltmarkt in nicht nennenswert stärkerem Maße steigen wird als der der Industrieprodukte. Allerdings ist diese Annahme infolge politischer Unwägbarkeiten hinsichtlich der Entwicklung des Erdölangebots mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Abgesehen von diesen Risiken hängen die Konjunkturaussichten vor allem davon ab, wie der verteilungspolitische Anpassungsprozeß an den Ölpreisschub und an die dadurch verursachte Verschlechterung der Preisrelationen im Außenhandel der Industrieländer abläuft und welcher Kurs in der Wirtschaftspolitik verfolgt wird.

Die Geldpolitik ist seit einiger Zeit in den meisten Ländern darauf gerichtet, dem sich verstärkenden Preisauftrieb entgegenzuwirken. Auch in den USA ist nunmehr die Zentralbank offensichtlich zu einer nachhaltigen Stabilisierungspolitik entschlossen. In vielen Ländern ist die Bremsung der monetären Expansion bereits so weit fortgeschritten, daß sie wohl kaum weiter verschärft werden wird, weil sonst angesichts der Stärke des bereits angelegten Preisanstiegs ein Einbruch bei Produktion und Beschäftigung befürchtet werden müßte.

In der Finanzpolitik dominieren nach der überaus starken Vergrößerung der Defizite in den Vorjahren die Bestrebungen zur Konsolidierung. Inflationsbedingte Mehreinnahmen wurden weniger als sonst zum Anlaß genommen, Steuern zu senken; zugleich bremsten einige Länder auch die Ausgabenexpansion. Für 1980 planen bisher erst wenige Länder expansive Maßnahmen. Dies gilt namentlich für Italien und Frankreich, wo die Arbeitslosigkeit auch 1979 weiter steigt. Ferner gibt es in den USA Anzeichen für Steuersenkungen im nächsten Jahr. In anderen Ländern dürften gleichgerichtete Maßnahmen ergriffen werden, sobald sich die Beschäftigungslage wieder spürbar verschlechtert.

Eine Lockerung der auf Stabilisierung gerichteten Wirtschaftspolitik kann insbesondere dann erwartet werden, wenn sich die Verteilungskämpfe nicht zuspitzen und Aussichten auf ein Nachlassen des Preisauftriebs bestehen: Manches spricht dafür, daß die Erfahrungen nach dem ersten Ölpreisschub und

die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit nicht ohne Wirkung auf das Verhalten der Tarifparteien in den Industrieländern geblieben sind. Deshalb besteht Aussicht, daß sich die verteilungspolitischen Konflikte in Grenzen halten und eine Stabilisierungskrise wie 1974/75 vermieden wird. Hinzu kommt, daß gegenwärtig die konjunkturzyklische Ausgangsposition günstiger ist. Damals war in vielen Ländern ein inflationärer Aufschwung mit überaus kräftigen Erhöhungen von Anlage- und Lagerinvestitionen und einer Verschärfung der Verteilungskämpfe der Ölpreiserhöhung vorangegangen. Diesmal gab es derart ausgeprägte Übersteigerungen nicht, wenngleich die Ölverteuerung keineswegs allein für die Inflationsbeschleunigung ursächlich ist. Darüber hinaus sind die Leistungsbilanzen der wichtigsten Industrieländer ausgewogener.

Alles in allem lassen die genannten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und Risikofaktoren für das kommende Jahr eine Konjunkturabschwächung in den Industrieländern erwarten; eine weltweite Rezession wie 1974/75 ist indes unwahrscheinlich. Insgesamt wird die Anstiegsrate des realen Bruttosozialprodukts wohl von knapp 3 vH im Jahre 1979 auf kaum mehr als 1 vH im Jahre 1980 zurückgehen. In den USA dürfte die rezessive Entwicklung mindestens bis zur Jahresmitte anhalten. Für Westeuropa zeichnet sich – bei erheblichen Unterschieden von Land zu Land – eine Abflachung des Produktionsanstiegs ab, Auslastung und Beschäftigung werden wieder zurückgehen. In geringerem Maße gilt dies auch für Japan.

Der Preisaufrtrieb wird sich in der Mehrzahl der Industrieländer vorerst in raschem Tempo fortsetzen. Zwar dürfte die Verteuerung importierter Rohstoffe unter dem Einfluß der weltweiten Konjunkturdämpfung weitgehend zum Stillstand kommen, doch werden die bis Mitte 1979 von dieser Seite ausgegangenen Anstöße noch eine Zeitlang nachwirken. Außerdem wird man wohl mit einem gewissen Schub für die Preis-Lohn-Spirale auch unter der Annahme gemäßiger verteilungspolitischer Reaktionen rechnen müssen, zumal in einer Reihe von Ländern eine mehr oder minder automatische Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung erfolgt. Im Laufe des kommenden Jahres kann zwar mit Stabilisierungsfortschritten gerechnet werden, doch werden die Teuerungsraten für den privaten Verbrauch im Jahresdurchschnitt wohl in keinem Industrieland nennenswert niedriger sein als 1979.

Der Außenhandel zwischen den Industrieländern wird bei der schwächeren Konjunktur im kommenden Jahr nur noch langsam expandieren. Dem wird eine kräftige Belebung der Nachfrage seitens der OPEC-Länder gegenüberstehen. Insgesamt zeichnet sich eine Verringerung der Ausweitung des Welt Handels von real etwa 6 1/2 vH 1979 auf schätzungs-

**Reales Sozialprodukt und Verbraucherpreise  
in den wichtigsten Industrieländern<sup>1)</sup>**  
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr<sup>2)</sup>

	Bruttosozialprodukt		Verbraucherpreise	
	1979	1980 <sup>3)</sup>	1979	1980
Bundesrepublik Deutschland	4,0	2,5	4,5	4,5
Frankreich	3,0	2,0	11,0	11,0
Großbritannien	1,0	0,5	13,5	14,0
Italien	4,0	2,0	15,0	17,0
Niederlande	3,0	2,0	4,5	5,5
Schweden	4,5	3,0	7,5	9,0
Belgien	3,5	2,0	4,5	5,5
Schweiz	1,0	1,5	3,5	3,0
Österreich	4,5	2,5	4,0	4,5
Dänemark	2,5	0,5	10,0	10,0
Norwegen	3,0	4,0	5,5	6,5
Westeuropa <sup>4)</sup>	3,2	2,0	8,5	9,0
USA	1,5	– 0,5	11,0	10,0
Kanada	3,0	1,5	9,5	9,0
Japan	5,5	4,0	4,0	6,0
Insgesamt <sup>4)</sup>	2,8	1,2	9,0	9,0

<sup>1)</sup> Vorausschätzungen der beteiligten Institute. – <sup>2)</sup> Länderangaben auf halbe Prozente gerundet. – <sup>3)</sup> Vgl. aber im Text die abweichende Prognose des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel. – <sup>4)</sup> Summe der aufgeführten Länder; Gewichtung gemäß Bruttosozialprodukt von 1978 zu Preisen und Wechselkursen von 1975.

weise 4 vH 1980 ab. Die im laufenden Jahr wieder sprunghaft erhöhten Überschüsse in der Leistungsbilanz der ölexportierenden Länder werden sich wohl 1980 noch nicht wieder verringern. Dementsprechend werden die Defizite der übrigen Entwicklungsländer und der Industrieländer hoch bleiben, doch dürfte sich wohl in keiner der wichtigen Volkswirtschaften ein prekäres Defizit der Leistungsbilanz ergeben. Die großen Unterschiede in den Inflationstendenzen, die früher oder später Wechselkursanpassungen unvermeidlich machen, sorgen dennoch für anhaltende Labilität auf den Devisenmärkten und damit auch im Europäischen Währungssystem.

\* \* \*

Das Institut für Weltwirtschaft, Kiel, hält abweichend von den anderen Instituten den Kurswechsel der Geldpolitik für so markant, daß er zusammen mit den übrigen Belastungsfaktoren die laufende Nachfrageexpansion in der Bundesrepublik Deutschland und in den kleineren westeuropäischen Ländern 1980 zum Stillstand bringen oder sogar eine rückläufige Entwicklung auslösen wird. Die Verringerung der Geldmengenexpansion im Laufe von 1979 war überaus stark; sie kommt derjenigen von 1973/74 recht nahe. Ein ähnlich schwerer Konjunkturreinbruch wie Mitte der siebziger Jahre wird indes ebenfalls nicht für zwangsläufig gehalten. In Übereinstimmung

mit den anderen Instituten wird gesehen, daß die Inflationserwartungen diesmal offensichtlich nicht so stark nach oben tendieren und die Restriktionspolitik nicht auf eine bereits stark verschlechterte Gewinnsituation der Unternehmen traf. Das Institut

für Weltwirtschaft schätzt den Anstieg des realen Sozialprodukts für Westeuropa insgesamt 1980 auf lediglich 1,5 vH. Die Zunahme des Welthandels dürfte in der Größenordnung von nur 2 bis 3 vH liegen.

## **Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland**

Der Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik Deutschland, der Mitte 1978 begann, hat sich im Sommerhalbjahr mit fast unverminderter Stärke fortgesetzt und dabei noch an Breite gewonnen. Die gesamtwirtschaftliche Leistung ist – auch wenn man die Nachholeffekte wegen der witterungsbedingten Produktionsausfälle im Winter ausklammert – kräftig gestiegen. Die Beschäftigung nahm weiter zu, und die Arbeitslosigkeit ging deutlich zurück.

Die Bemühungen der Geld- und der Finanzpolitik, die nach der Flaute von 1977 verstärkt darauf ausgerichtet waren, die Wachstumsbedingungen zu verbessern, haben zusammen mit einer maßvollen Lohnpolitik zu der erhofften Konjunkturbelebung geführt. Die Wirtschaftspolitik wäre freilich weniger erfolgreich gewesen, wenn sich nicht auch die Konjunktur in Westeuropa gekräftigt hätte, was dort ebenfalls auf der Verbesserung der Wachstumsbedingungen durch die wirtschaftspolitischen Instanzen und die Lohnpolitik beruhte.

Auf der Passivseite dieser erfreulichen Konjunkturbilanz steht eine Beschleunigung des Preisauftriebs. Sie ist keineswegs nur der kräftigen Verteuerung der Importe – insbesondere des Öls – zuzuschreiben; zu einem Teil ist sie „hausgemacht“. Ohne die Ungeduld der Wirtschaftspolitik im Jahr 1978 gegenüber dem Sichtbarwerden ihrer Anstoßwirkungen, die sich auch in einer sehr reichlichen Geldversorgung niederschlug, wäre die Verschlechterung des Preisklimas sicherlich geringer. Der in diesem Jahr vollzogene Übergang der Geldpolitik von Stimulierung auf Stabilisierung – die Finanzpolitik blieb auf ihrem expansiven Kurs – hat bisher die Nachfrageexpansion, aber auch den Preisanstieg, nur wenig gebremst.

### **Dynamische Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen**

Zur Verstärkung der konjunkturellen Auftriebskräfte trug vor allem die deutliche Zunahme der Investitionsneigung der Unternehmen bei. Höhere Auslastung sowie verbesserte Absatz- und Ertrags-erwartungen haben bei zunächst günstigen Finanzierungsbedingungen das Investitionsrisiko gemindert. Wenngleich, anders als in früheren Auf-

schwungsphasen, das Rationalisierungsmotiv im Vordergrund blieb, spielten in letzter Zeit doch Erweiterungsinvestitionen und Investitionen für die Herstellung neuer Produkte eine größere Rolle.

Der Wandel in der Struktur der Investitionsmotive wird auch darin sichtbar, daß sich die Nachfrage wieder stärker den „traditionellen Investitionsgütern“, also Maschinen und elektrotechnischen Ausrüstungen, zugewandt hat. Auf der anderen Seite zeigen die besonders umfangreichen Anschaffungen von Geräten und Anlagen der Büro- und Datentechnik die nach wie vor bestehende Dominanz des Rationalisierungsmotivs. Die Rationalisierung führte allerdings wegen des verstärkten Produktionsanstiegs im allgemeinen nicht zur Freisetzung von Arbeitskräften.

Die bis zuletzt aufwärts gerichteten inländischen Bestellungen von Investitionsgütern lassen auch für die zweite Jahreshälfte eine nahezu ungebrochene Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen erwarten. Damit dürfte sich im Jahresdurchschnitt 1979 ein Zuwachs in der Größenordnung von real 10 vH ergeben.

### **Höhepunkt der Baunachfrage überschritten**

Nach dem witterungsbedingten Einbruch zu Beginn des Jahres kam es zu einem außerordentlich starken Anstieg der Bauproduktion. Die reale Nachfrage hat indes im Sommer ihren Höhepunkt offenbar überschritten. Bis zuletzt erhöht haben sich lediglich die Aufträge für gewerbliche Bauten; dies ist ein Hinweis auf die Bereitschaft der Unternehmen, wieder mehr Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen.

Im Wohnungsbau tendieren die Aufträge dagegen seit Ende letzten Jahres nach unten. Die Bau- und Grundstückspreise sowie die Finanzierungskosten sind inzwischen so stark gestiegen, daß für immer mehr potentielle Bauherren die Zins- und Tilgungsbelastung zu hoch ist.

Im öffentlichen Bau waren die Aufträge nach einem deutlichen Anstieg zu Jahresbeginn zuletzt rückläufig. Aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen (ZIP) wurden deutlich weniger Aufträge erteilt

als im Vorjahr. Hinzu kommt, daß die öffentlichen Auftraggeber im Interesse einer Abkühlung der überhitzten Baukonjunktur Zurückhaltung üben.

Die Abschwächung der Baunachfrage wird sich zunächst nicht auf die Bauproduktion auswirken, da die Bauwirtschaft über beträchtliche Auftragsbestände verfügt. Wegen des im Vergleich zur Bauproduktion hohen Niveaus der Nachfrage werden die Auftragsbestände vorerst auch bei dem zu erwartenden weiteren Rückgang der Baunachfrage nicht abnehmen. Die Entwicklung der Bauproduktion wird also noch einige Zeit von den Angebotsmöglichkeiten und nicht von der Nachfrage begrenzt. Die gesamten realen Bauinvestitionen werden im Jahresergebnis um etwa 5 1/2 vH zunehmen. Am stärksten wird der Wirtschaftsbau (7 vH), am schwächsten der öffentliche Bau (4 vH) expandieren. Die Wohnbauinvestitionen dürften um etwa 5 1/2 vH steigen.

#### **Lagerinvestitionen verstärken Konjunkturaufschwung**

Kräftige Impulse gehen schon seit Herbst 1978 von den Lagerinvestitionen aus. Anlaß für die verstärkte Lageraufstockung war nicht nur die Anpassung der Vorräte an die wachsende Produktion, sondern auch das Bestreben der Unternehmen, erwarteten Verknappungen und Preiserhöhungen zuvorzukommen; dies gilt vor allem für Vorprodukte. Die Fertigwarenbestände dürften dagegen in der letzten Zeit kaum gestiegen sein; jedenfalls wurden sie im Ifo-Konjunkturtest von den Unternehmen als zu klein bezeichnet.

#### **Starke Anstöße von der Ausfuhr**

Der Konjunkturaufschwung wurde wieder mehr als in den zurückliegenden beiden Jahren von den Exporten getragen. Der Anstieg der realen Warenausfuhr hat sich im zweiten Vierteljahr stark beschleunigt; er blieb auch nach der Jahresmitte sehr kräftig.

In der Exportzunahme spiegelt sich vor allem die Konjunkturbelebung in den westeuropäischen Industrieländern wider. Hinzu kamen Sondereinflüsse: Wegen der erwarteten Verteuerung der deutschen Exportgüter durch eine Aufwertung der D-Mark innerhalb des Europäischen Währungssystems und wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer in Großbritannien dürften Käufe vorgezogen worden sein. Die Exporte in die USA konnten trotz der sich dort abschwächenden Konjunktur noch deutlich erhöht werden. Hier profitierten die deutschen Anbieter offenbar von der starken Nachfrage nach Fahrzeugen mit relativ geringem Treibstoffverbrauch. Merklich belebt hat sich nach mehrjähriger Stagnation die Ausfuhr in die Staatshandelsländer. Insbesondere die Sowjetunion, Rumänien und die Volksrepublik China haben ihre Bezüge aus der Bundesrepublik

ausgeweitet. Begünstigt wurde diese Entwicklung dadurch, daß die Bundesrepublik vermehrt Güter aus den Staatshandelsländern bezog. Der Export in die nichterdölproduzierenden Entwicklungsländer stieg ebenfalls lebhaft. Die Ausfuhren in die OPEC-Länder haben sich nach dem Rückgang im Winterhalbjahr stabilisiert.

Im Zusammenhang mit den auch im Ausland verstärkten Ausrüstungsinvestitionen und dem Lageraufbau haben die Ausfuhren des Maschinenbaus sowie des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes überdurchschnittlich zugenommen. Die Ausfuhren des Maschinenbaus konnten sich erstmals von dem seit der Rezession 1974/75 niedrigen Niveau lösen.

Angesichts der in jüngster Zeit ungünstigeren Entwicklung der ausländischen Bestellungen muß man bereits für die kommenden Monate mit einer spürbaren Verlangsamung des Exportanstiegs rechnen. Die reale Warenausfuhr wird dabei das Vorjahresniveau jedoch weiterhin beträchtlich übertreffen; im Jahresergebnis 1979 dürfte das Ausfuhrvolumen um 8 vH zunehmen.

#### **Expansion des realen privaten Verbrauchs durch Inflationsbeschleunigung gebremst**

Steuersenkungen und eine erhebliche Ausweitung der Beschäftigung führten dazu, daß die Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte bei mäßigen Lohnerhöhungen spürbar stiegen. Da auch die öffentlichen Einkommensübertragungen durch eine Reihe von Maßnahmen (Anhebungen der Renten und des Kindergeldes) erhöht wurden und die Entnahmen im Zusammenhang mit der günstigen Gewinnentwicklung kräftig stiegen, expandierte das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte zunächst beachtlich. Bei tendenziell sinkender Sparquote nahm der private Verbrauch nominal und real bis zur Jahresmitte rasch zu.

Danach wurde der Anstieg des Verbrauchs deutlich schwächer, möglicherweise hat er vorübergehend sogar stagniert. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vor allem in dem beschleunigten Auftrieb der Verbraucherpreise zu sehen. Ausschlaggebend war, daß die effektive Belastung der privaten Haushalte durch die höheren Ölpreise gegenüber den vorangegangenen Monaten spürbar zunahm und die Mehrwertsteuer angehoben wurde. Da der Anstieg der Verbraucherpreise im vierten Vierteljahr saisonbereinigt sicherlich schwächer sein wird als im Vorquartal, kann mit einer wieder günstigeren Entwicklung des realen Verbrauchs gegen Jahresende gerechnet werden. Seine Expansion wird jedoch in jedem Fall hinter der in der ersten Jahreshälfte zurückbleiben. Für das gesamte Jahr ergibt sich eine Steigerung von real etwa 3 vH.

### **Einfuhr im Sog des Aufschwungs**

Nach einer vorübergehenden Abschwächung der Einfuhrzunahme ließ der kräftige Zuwachs der Gesamtnachfrage in der Bundesrepublik die Einfuhren seit der Jahresmitte beschleunigt steigen. Dies gilt sowohl für den Import industrieller Vorprodukte als auch für den von Enderzeugnissen. Unter den Vorprodukten erhöhte sich — auch der längerfristigen Entwicklung entsprechend — die Einfuhr von Gütern mit relativ hohem Bearbeitungsgrad am stärksten. Für die kommenden Monate ist eine gewisse Verlangsamung der Einfuhrzunahme zu erwarten, da der Anstieg der Industrieproduktion sich nicht mehr so stürmisch fortsetzen und die Intensität des Lageraufbaus nachlassen wird. Für das Jahr 1979 insgesamt dürfte sich eine Steigerung der realen Wareneinfuhr um mehr als 10 vH ergeben.

Die rasche Zunahme der Einfuhr seit Mitte vergangenen Jahres hat der Konjunktur in den Partnerländern kräftige Impulse gegeben, die über steigende Importe dieser Länder auch wieder die Wirtschaft in der Bundesrepublik anregten. Die nominale Wareneinfuhr erhöht sich wegen der stark gestiegenen Importpreise im Jahr 1979 sogar um 20 vH. Der Überschuß im Außenhandel vermindert sich dadurch von 41 Mrd. DM im Vorjahr auf 29 Mrd. DM. Gleichzeitig vergrößert sich das Defizit in der Dienstleistungsbilanz von 8 Mrd. DM auf etwa 12 Mrd. DM. Bei kaum verändertem Saldo der Übertragungen wird die Leistungsbilanz der Bundesrepublik damit zum ersten Mal seit 1966 keinen Überschuß aufweisen. Im letzten Jahr hatte der Überschuß noch 17 1/2 Mrd. DM betragen.

### **Steller Anstieg der Produktion**

Die Unternehmen waren bestrebt, die Produktion der rasch steigenden Nachfrage anzupassen. Ausgehend von dem witterungsbedingt niedrigen Niveau im ersten Vierteljahr ergab sich zunächst ein steiler Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Nach der Jahresmitte verringerte sich das Tempo erwartungsgemäß; es blieb jedoch beachtlich. Bereinigt von Witterungs-, Saison- und Kalendereinflüssen betrug der Anstieg vom ersten zum dritten Vierteljahr auf Jahresbasis fast 5 vH; das Produktionsniveau des Sommerhalbjahres 1978 wurde um etwa 4 1/2 vH übertroffen.

Bestimmt wurde das Tempo der Produktionsausweitung, wie im Aufschwung üblich, vom verarbeitenden Gewerbe und der Bauwirtschaft. Im verarbeitenden Gewerbe wurde die Produktion vom ersten zum dritten Vierteljahr mit einer laufenden Jahresrate von etwa 9 vH gesteigert. Im Vorjahresvergleich erreichte der Zuwachs im Sommerhalbjahr hier fast 6 vH, in der Bauwirtschaft annähernd 8 vH. Der Ter-

tiärbereich steigerte seine Leistung zwar in unverändertem Maße, der Zuwachs im Vorjahresvergleich war jedoch mit 4 vH unterdurchschnittlich.

Die kräftige Produktionssteigerung führte zu einer spürbaren Verbesserung des Auslastungsgrades der Kapazitäten. Im verarbeitenden Gewerbe erhöhte er sich nach den Angaben der Firmen zum Ifo-Konjunkturtest innerhalb eines Jahres um drei Prozentpunkte und kam damit der durchschnittlichen Normalauslastung recht nahe.

### **Fortgesetzte Besserung der Arbeitsmarktlage**

Die Bundesrepublik ist dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes in diesem Jahr einen guten Schritt näher gekommen. Im dritten Vierteljahr waren etwa 400 000 Arbeitnehmer mehr beschäftigt als vor Jahresfrist. Bemerkenswert zugenommen hat dabei die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, besonders aber die der Auszubildenden.

Der Anstieg der Beschäftigung war — ebenso wie in den zurückliegenden Perioden — am ausgeprägtesten im Bereich der Dienstleistungen; hier war die Erwerbstätigenzahl im zweiten Vierteljahr um 230 000 Personen oder 3 vH höher als ein Jahr zuvor. Innerhalb des produzierenden Gewerbes dehnte die Bauwirtschaft die Beschäftigung am stärksten aus. Sie konnte ihren Belegschaftsstand innerhalb eines Jahres um 40 000 oder 2 1/2 vH ausweiten. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten hat sich nur verhältnismäßig wenig erhöht. In vielen Wirtschaftszweigen wäre die Beschäftigtenzahl sicherlich mehr gestiegen, wenn genügend geeignete Arbeitskräfte verfügbar gewesen wären. So ist die Zahl der offenen Stellen im Baugewerbe derzeit doppelt so hoch wie die der arbeitslosen Bauarbeiter. Nach den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests wird die Produktion im Baugewerbe durch Arbeitskräftemangel gegenwärtig wieder ähnlich stark behindert wie in den Boomjahren 1969/70. Auch in der Industrie wurde der Arbeitskräftemangel in der letzten Zeit fühlbarer.

Die Zunahme der Beschäftigung war so stark, daß die Zahl der Arbeitslosen trotz der demographisch bedingten Vergrößerung des Erwerbspersonenpotentials weiter sank. Ende September belief sie sich saisonbereinigt auf 840 000. Innerhalb der vergangenen zwölf Monate verringerte sie sich um 130 000. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ging auf 3,7 vH (Männer 2,7 vH, Frauen 5,3 vH) zurück. Im Jahresdurchschnitt 1979 wird die Arbeitslosenzahl bei 880 000 liegen, nach 993 000 im Jahr 1978.

Bei den Problemgruppen am Arbeitsmarkt hat sich lediglich die Situation für die Jugendlichen unter 20 Jahren weiter gebessert. Trotz einer höheren Zahl von Schulentlassenen ist die Jugendarbeits-

losigkeit deutlich geringer als im Vorjahr. Bei Zeitarbeitskräften hat sich demgegenüber die Lage wenig verändert, und bei den übrigen Gruppen ergab sich sogar eine weitere Verschlechterung.

### **Ungünstigeres Preisklima**

Seit etwa einem Jahr ist das Preisklima ungünstiger geworden. Dies war vor allem auf die zunächst außerordentlich reichliche inländische Geldversorgung sowie auf die extreme Verteuerung der Importe zurückzuführen. Hinzu kamen gehäufte administrative Preisanhebungen zum Jahresbeginn und die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Jahresmitte. Die über längere Zeit verhaltene Preisentwicklung wurde so von einer Beschleunigung des Preisauftriebs abgelöst.

Stark steigende Weltmarktpreise für Rohstoffe und Halbwaren, insbesondere bei Mineralöl, und eine reale Abwertung der D-Mark führten zu einer kräftigen Steigerung der Einfuhrpreise. Binnen Jahresfrist verteuerte sich die Wareneinfuhr um 17 vH. Dabei haben sich die Preise von Mineralölerzeugnissen verdoppelt. Aber auch die Preise für NE-Metalle und Leder sind ganz erheblich gestiegen. Verhältnismäßig gering blieb die Verteuerung bei Fertigwaren und Ernährungsgütern. Der Anstieg der Importpreise hat sich sehr rasch in kräftigen Erhöhungen der Erzeugerpreise industrieller Produkte niedergeschlagen. Im Sommerhalbjahr stiegen diese mit einer Jahresrate von 7 vH.

Die Steigerungen auf den vorgelagerten Stufen griffen mehr und mehr auf die Verbraucherpreise über. Im Preisindex für die Lebenshaltung erhöhten sich die Preise für gewerblich erzeugte Güter („andere Ge- und Verbrauchsgüter“), die auch die Preise für Heizöl und Kraftstoffe enthalten, im Sommerhalbjahr besonders kräftig. Im September betrug hier die Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr 7,3 vH. Dieser Anstieg geht zwar zu einem großen Teil unmittelbar auf die Ölverteuerung zurück, doch hat sich der Preisauftrieb bei anderen Produkten ebenfalls spürbar verstärkt. Beschleunigt angehoben wurden auch die Preise für Dienstleistungen und Reparaturen sowie für Wohnungs- und Garagennutzung. Das Vorjahresniveau der Verbraucherpreise insgesamt wurde zuletzt um 5,3 vH übertroffen. Die während der letzten Monate ständig größer gewordene Steigerungsrate im Vorjahresvergleich spiegelt keine Beschleunigung des Preisanstiegs wider, sondern ist durch die weitgehende Preisstabilität in der entsprechenden Vorjahreszeit bedingt.

Eine überwiegend hausgemachte Inflationsrate weist die Bauwirtschaft auf. Sie ist Ausdruck der Anspannung auf diesem Markt. Bei den Baupreisen wurde das Vorjahresniveau zuletzt um 9 1/2 vH übertroffen.

### **Staatsdefizit geringer als veranschlagt**

Die Finanzpolitik gab auch 1979 beträchtliche Impulse. Sie verlagerten sich von der Ausgabenseite stärker auf die Einnahmenseite. Die direkten Produktionseffekte aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen fielen geringer aus als im Vorjahr. Doch wirkten die steigenden Zuschüsse an Unternehmen im Rahmen des ZIP und die Förderung von Investitionen zur Einsparung von Heizenergie sowie zur Wohnungsmodernisierung stark expansiv. Die Anregungen wurden speziell im Baubereich und, davon ausstrahlend, im Investitionsgüterbereich spürbar. Noch stärker zu Buch schlugen aber trotz der Mehrwertsteuererhöhung die Entlastungen der Steuerzahler.

Die Steuereinnahmen stiegen im laufenden Jahr um 7 1/2 vH, nach 5,6 vH im Jahr 1978. Das staatliche Defizit wird damit 1979 trotz Steuererleichterungen und expansiver Ausgabenpolitik nur wenig größer sein als 1978 und mit 37 Mrd. DM (in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) um mehrere Milliarden D-Mark hinter den ursprünglichen Annahmen zurückbleiben. Bezogen auf das Bruttosozialprodukt nimmt es 1979 geringfügig ab. Die Sozialversicherungen, die von den steigenden Beschäftigtenzahlen ebenso begünstigt werden wie von den sinkenden Arbeitslosenzahlen, werden 1979 erstmals seit mehreren Jahren wieder ausgeglichen abschließen. Das Defizit der Gebietskörperschaften wird leicht steigen.

### **Liquiditätsverknappung dämpfte Geldmengenerweiterung**

Die Bundesbank setzte ihren auf Verknappung der Bankenliquidität gerichteten Kurs fort. Das erklärte Ziel dieser Politik ist es, die Geld- und Kreditexpansion, die sich im Laufe des vergangenen Jahres kräftig beschleunigt hatte, zu dämpfen. Dadurch soll der Verstärkung der hausgemachten Inflation begegnet und das Ingangkommen einer Preis-Lohn-Preis-Spirale unterbunden werden. Das Durchhalten dieses Kurses wurde allerdings von der Jahresmitte an wieder dadurch erschwert, daß sich die Bundesbank veranlaßt sah, auf den Devisenmärkten in erheblichem Umfang zu intervenieren. Die Nettowährungsreserven nahmen, vor allem im Zusammenhang mit der Stützung des Dollars, von der Jahresmitte bis zur Anpassung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem am 23. September um 14 Mrd. DM zu. Auch nach dem Realignement kam es wieder zu erheblichen Devisenzuflüssen.

Um diesen unerwünschten Liquidisierungseffekten entgegenzuwirken, setzte die Bundesbank in rascher Folge herkömmliche, z. T. aber auch neue Instrumente ein. So schloß sie erstmals Devisenpensionsgeschäfte ab und kontingentierte den Lombardkredit,

der zuvor in überaus starkem Maße beansprucht worden war. In der Phase des starken Liquiditätsentzugs durch Devisenabflüsse zwischen Ende Januar und Ende Mai hatte die Notenbank bereits das Instrument der Wertpapierpensionsgeschäfte eingeführt.

Die Liquiditätsverknappung, die von Anhebungen des Diskont- und des Lombardsatzes begleitet wurde, trug bei der günstigen konjunkturellen Verfassung der Wirtschaft wesentlich dazu bei, daß die Geldmarktsätze und die Zinsen für Bankkredite und Einlagen weiter kräftig stiegen. Auf dem Rentenmarkt erreichten dagegen die Zinsen Mitte Juni vorerst einen Höhepunkt. Spekulative Kapitalzuflüsse aus dem Ausland, vermutlich aber auch die Erwartung inländischer Anleger, daß der Kapitalmarktzins im Laufe des nächsten Jahres wieder sinken werde, führten dazu, daß die Rendite festverzinslicher Wertpapiere in den folgenden Monaten etwas nachgab. Seit einigen Wochen übersteigen die kurzfristigen Zinssätze den Kapitalmarktzins. Diese Zinsstruktur deutet darauf hin, daß eine Verminderung der – gegenwärtig durch die Ölverteuerung und die Mehrwertsteueranhebung beeinflussten – Inflationsrate erwartet wird.

Die Zinserhöhungen führten zu Umschichtungen von Sichteinlagen zu Termineinlagen. Dies hatte zur Folge, daß die Geldmenge im engeren Sinne (M1) seit dem Frühjahr nicht mehr zunimmt. Zuletzt hat sich auch die Expansion der Zentralbankgeldmenge abgeschwächt. Nachdem sie bis Mai über dem von der Bundesbank für 1979 festgelegten Zielkorridor gelegen hatte, hat sie inzwischen die untere Hälfte des Zielkorridors erreicht. Dagegen hat sich die Kreditexpansion – von der Wohnungswirtschaft abgesehen – bisher kaum abgeschwächt.

### **Ausblick\***

Im nächsten Jahr werden einige der Einflüsse, die entscheidend zur kräftigen Expansion im laufenden Jahr beigetragen haben – wie umfangreiche Steuerentlastungen, beträchtliche Lagerauffüllungen sowie die günstige Auslandskonjunktur –, entfallen. Von dieser Seite her ist eine Verlangsamung des Wachstums von Nachfrage und Produktion bereits angelegt. Ausmaß und Dauer dieser Entwicklung hängen aber nicht zuletzt von der Wirtschaftspolitik und dem Verhalten der Tarifparteien ab.

Die Weichen der Finanzpolitik sind für das nächste Jahr weitgehend gestellt. Nachdem sie die konjunkturelle Entwicklung in den letzten Jahren durch zusätzliche Ausgaben und Steuerentlastungen kräftig gefördert hatte, sollen im nächsten Jahr die Ausgaben verlangsamt und auch schwächer als die Einnahmen steigen, damit sich die Finanzierungslücke zumindest nicht weiter vergrößert.

Die Geldpolitik hat in diesem Jahr die aus dem Ruder gelaufene Zentralbankgeldmenge in den Zielkorridor geführt, den sie sich zu Beginn des Jahres vorgegeben hatte. Dabei hat sich die monetäre Expansion stark abgeschwächt. Da die Bundesbank am Grundsatz einer potentialorientierten Geldmengenpolitik festhalten dürfte, ist demnächst wieder mit einem Einschwenken auf einen Pfad zu rechnen, auf dem einerseits ein angemessenes wirtschaftliches Wachstum finanziert, andererseits aber die Stabilisierung des Kosten- und Preisniveaus zumindest nicht gefährdet, sondern eher gefördert wird.

Die Lohnentwicklung ist im laufenden Jahr weiter auf dem Wege fortgeschritten, der zur Minderung des Lohnkostendrucks führte; sie hat damit entscheidend zur Verbesserung der wachstumspolitischen Rahmenbedingungen beigetragen. Nach der starken Verteuerung der Lebenshaltung in den letzten Monaten wird man zwar wieder mit größeren Lohn erhöhungen rechnen müssen. Vieles deutet aber darauf hin, daß sich die Abschlüsse wegen der auch von den Gewerkschaften erkannten Risiken hoher Lohnsteigerungen für Beschäftigung und Wachstum nicht allzu weit von den Vereinbarungen in diesem Jahr entfernen werden.

Die hier vorgelegte Prognose ist, wie stets, von den angenommenen Bedingungen abhängig. Die Einschätzung dieser Bedingungen für das Jahr 1980 ist schon wegen der noch nicht voll übersehbaren Reaktionen der Weltwirtschaft auf den jüngsten Ölpreisschub mit besonders hohen Unsicherheiten behaftet. Hinzu kommt, daß die weitere Entwicklung der Rohölversorgung und der Rohölpreise ungewiß ist.

Im einzelnen liegen der Prognose folgende Annahmen zugrunde:

- Die konjunkturelle Entwicklung in den anderen Ländern vollzieht sich in den im ersten Teil des Gutachtens beschriebenen Bahnen: Das wirtschaftliche Wachstum schwächt sich zwar ab, die Aufwärtstendenz bleibt aber in den meisten Ländern erhalten.
- Die Versorgung mit Erdöl ist weiterhin ausreichend; sein Weltmarktpreis steigt nicht nennenswert stärker als die Weltmarktpreise für Industrieerzeugnisse.
- Die Finanzpolitik ist bestrebt, das Defizit nicht weiter wachsen zu lassen. Die von der Regierung für das Jahr 1981 in Aussicht gestellten Steuerenkungen werden nicht vorgezogen.
- Die Geldpolitik hält am Konzept der potentialorientierten Geldmengensteuerung fest; sie gibt

---

\* Eine abweichende Meinung wird vom Institut für Weltwirtschaft, Kiel, vertreten. Sie ist am Schluß des Gutachtens wiedergegeben.

der monetären Expansion also wieder mehr Spielraum als in den letzten Monaten.

- Die Lohnerhöhungen entfernen sich nicht allzu weit von den Vereinbarungen im Jahre 1979.

### **Ausfuhr steigt langsamer**

Die deutliche Verlangsamung der konjunkturellen Expansion in Westeuropa und in Japan und die Rezession in den USA werden dazu führen, daß der Anstieg der Warenausfuhr merklich gedämpft wird. Diese Einflüsse dürften indes im späteren Verlauf des Jahres 1980 nachlassen, da zumindest für die USA wieder mit einer gewissen konjunkturellen Erholung gerechnet werden kann. Außerdem werden die Lieferungen in die erdölexportierenden Staaten – nach dem bisherigen Rückgang – aufgrund der hohen Einnahmen nicht unbeträchtlich steigen. Mit weiter zunehmenden Exporten in die Sowjetunion und nach China kann gerechnet werden, zumal sich die Importfähigkeit der Sowjetunion durch die Verteuerung von Rohöl und Gold gesteigert hat und China seinen Markt für Erzeugnisse aus der westlichen Welt weiter öffnet. Alles in allem wird die Warenausfuhr um 4,5 vH und damit erheblich langsamer als im Jahre 1979 zunehmen. Davon dürfte der Export von jenen Grundstoffen besonders betroffen sein, bei denen die Nachfrage zuvor durch vorsorgliche Käufe überhöht war.

### **Nachlassende finanzpolitische Impulse**

Das Bestreben der Finanzpolitik, das Defizit des Staates im nächsten Jahr zumindest nicht steigen zu lassen, wird sich vornehmlich in einer geringeren Erhöhung der Ausgaben für Übertragungen und Investitionen niederschlagen. Bund, Länder und Gemeinden werden sich zwar bemühen, den Anstieg der Sachausgaben kurz zu halten, in der Sozialversicherung werden diese dagegen vermutlich verstärkt zunehmen.

Am deutlichsten kommt der beabsichtigte Wandel von Nachfrageförderung hin zur Verringerung des Defizits in den Investitionsausgaben zum Ausdruck. Diese sind in den letzten beiden Jahren, vor allem im Zusammenhang mit dem Programm für Zukunftsinvestitionen, um jeweils 15 vH gesteigert worden und werden nun wahrscheinlich nur noch halb so stark erhöht werden. Nach den bisher bekanntgewordenen Haushaltsansätzen ist sogar eine erheblich geringere Ausweitung der Investitionsausgaben vorgesehen; dabei wurde jedoch der Preisanstieg unterschätzt. Die Steigerungsrate der Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften wird sich von 7 1/2 vH im Jahre 1979 auf voraussichtlich 6 bis 6 1/2 vH verringern und damit nicht so weit wie von der Bundesregierung angestrebt.

Bei den Einnahmen werden der bereits im Jahre 1978 beschlossene Wegfall der Lohnsummensteuer, die Entlastungen von Gewerbesteuer sowie Nachwirkungen aus früheren steuerlichen Maßnahmen das Aufkommen stärker bremsen, als es die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze Mitte dieses Jahres steigert. Deshalb werden die Steuereinnahmen im kommenden Jahr mit einer Rate von 6 1/2 vH nicht so stark zunehmen wie im laufenden, für das eine Erhöhung von 7 1/2 vH erwartet wird.

Da die Steigerung der Ausgaben allenfalls geringfügig hinter der der Einnahmen zurückbleibt, wird sich das Defizit des Staates nicht verringern, das der Gebietskörperschaften dürfte sich sogar um 2 Mrd. DM erhöhen. Bei der Sozialversicherung wird sich dagegen vor allem wegen der auf 4 vH begrenzten Erhöhung der Renten bei unvermindert starkem Anstieg der Beitragseinnahmen ein Überschuß in der Größenordnung von 1 1/2 Mrd. DM ergeben.

### **Mäßige Zunahme des privaten Verbrauchs**

Die Nachfrage der privaten Haushalte wird im nächsten Jahr schwächer steigen als in diesem, vor allem weil bei der Besteuerung der Einkommen die Progression des Steuertarifs nach den Entlastungen der letzten beiden Jahre wieder voll greift.

Trotz größerer Lohnerhöhungen als in diesem Jahr wird die Bruttolohn- und -gehaltsumme nicht rascher zunehmen. Der stärkere Anstieg der Stundenverdienste wird durch einen Rückgang der Zahl der Arbeitsstunden mehr als ausgeglichen, wobei die Kurzarbeit sich wieder ausbreiten und die Zahl der Beschäftigten – im Vorjahresvergleich – verlangsamt zunehmen wird.

Bei den übertragenen Einkommen, den Pensionen und Unterstützungen, ergibt sich eine Verlangsamung des Anstiegs hauptsächlich dadurch, daß das Kindergeld im nächsten Jahr nicht erhöht wird und die Anhebung der Renten aus der Sozialversicherung etwas kleiner ausfällt. Demgegenüber schlagen die Heizkostenzuschüsse, das Mutterchaftsgeld an berufstätige Frauen und die durch die Herabsetzung der Altersgrenze für Schwerbeschädigte bedingten Mehraufwendungen für Renten nicht stark zu Buch.

Da auch die entnommenen Gewinne infolge der nicht mehr so günstigen Gewinnentwicklung vermutlich verlangsamt steigen werden, wird man für das gesamte verfügbare Einkommen der privaten Haushalte mit einer niedrigeren Zuwachsrate rechnen müssen als im laufenden Jahr.

Nachdem die privaten Haushalte in diesem Jahr einen Teil der Mehrausgaben für Heizung zu Lasten der Ersparnis finanziert haben, ist im nächsten Jahr wohl kaum ein weiterer Rückgang der Sparquote zu

erwarten. Die Ausgaben für den privaten Verbrauch werden vielmehr im Gleichschritt mit dem verfügbaren Einkommen und damit ebenfalls langsamer als im laufenden Jahr expandieren. Bei einem im Jahresdurchschnitt ähnlich hohen Anstieg der Verbraucherpreise wie 1979 wird der private Verbrauch dem Volumen nach um 2 vH höher sein als in diesem Jahr.

### **Widerstandsfähige Investitionsneigung**

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen hat der Konjunktur zuletzt eigendynamischen Schwung verliehen. Auch in den letzten Monaten wies die Nachfrage weiter nach oben. Die nicht mehr so günstige Entwicklung der Endnachfrage im kommenden Jahr wird zweifellos dämpfend auf die Investitionsneigung wirken. Eine Reihe von Gründen spricht indes dafür, daß sich die Investitionsbereitschaft gegenüber diesen retardierenden Einflüssen insgesamt als ziemlich widerstandsfähig erweisen wird. Die Unternehmen verfügen gegenwärtig über erhebliche finanzielle Polster, und der Prognose zufolge wird es 1980 nicht zu einer starken Beeinträchtigung der Gewinnentwicklung kommen. Daher sind die Unternehmen gegenüber den gestiegenen Zinsen relativ unempfindlich.

Für eine verhalten optimistische Investitionsprognose spricht auch, daß — anders als in früheren Aufschwungsphasen — die Erweiterungsinvestitionen diesmal eine untergeordnete Rolle spielen. Damit braucht die übliche starke Reaktion bei den Erweiterungsinvestitionen im Abschwung für 1980 nicht unterstellt zu werden.

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß von der starken Verteuerung des Erdöls nicht nur dämpfende, sondern auch anregende Wirkungen auf die Investitionen ausgehen. Angesichts befürchteter Verknappungen werden Investitionen vor allem im Bereich der Energiewirtschaft und des Bergbaus verstärkt werden, aber auch überall dort, wo sich Möglichkeiten zur Erschließung neuer Energiequellen oder zum Einsparen von Energie bieten. Alles in allem ist damit zu rechnen, daß sich die Ausrüstungsinvestitionen weiter erhöhen, wenn auch nicht mehr so rasch wie im laufenden Jahr. Diese Überlegungen werden durch die Ergebnisse des Ifo-Investitionstestes erhärtet, die ebenfalls auf eine nur gemäßigte Abschwächung des Investitionsanstiegs hindeuten. Die Wachstumsrate der realen Ausrüstungsinvestitionen wird im Jahr 1980 voraussichtlich bei etwa 6 vH liegen.

### **Abflachung der Bauproduktion**

Auf dem Baumarkt wird der Rückgang der Nachfrage vorerst die Spannungen zwischen Nachfrage und Angebot verringern und dem Preis- und Kosten-

auftrieb Wind aus den Segeln nehmen. Die Produktion wird dagegen bis weit in das nächste Jahr hinein vom hohen Auftragsbestand zehren. Während der Anstieg im Rohbau durch den Rückgang der Aufträge gebremst und im weiteren Verlauf vielleicht auch von einer Abnahme abgelöst wird, wird die Produktion des Ausbaugewerbes im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten weiter steigen. Die Nachfrage wird in diesem Sektor durch Maßnahmen zur Verminderung von Wärmeverlusten weitere Anstöße erhalten.

Nachfrage- und Produktionsverschiebungen wird es nicht nur zwischen Roh- und Ausbau geben, sondern auch zwischen Wohnungsbau, öffentlichem und gewerblichen Bau. Während die Nachfrage im Wohnungsbau und vor allem im öffentlichen Bau nachläßt, wird sie im gewerblichen Bau vermutlich auch deshalb zunehmen, weil die industrielle Abwärme zu Heizzwecken genutzt werden soll und dies den Ausbau des Fernwärmenetzes erfordert. Zudem haben einige Landesregierungen große energiewirtschaftliche Demonstrationsprojekte beschlossen. Insgesamt werden die Bauinvestitionen im Verlauf des nächsten Jahres nur noch wenig steigen; gegen Jahresende könnten sie sogar sinken. Die hohe Zuwachsrate im Vorjahresvergleich (4,5 vH) erklärt sich zu einem beträchtlichen Teil daraus, daß nicht noch einmal mit einem so scharfen Wintereinbruch wie in diesem Jahr gerechnet wird.

Mit der voraussichtlichen Entspannung am Bau- markt dürfte im nächsten Jahr auch der Preisauftrieb in diesem Bereich wieder nachlassen.

### **Lagerzyklische Dämpfung**

Die Verlangsamung des Lageraufbaus wird die konjunkturelle Abschwächung im nächsten Jahr ebenso verstärken, wie seine Beschleunigung im laufenden Jahr den Aufschwung gefördert hat. Das gilt sowohl für den Teil der Lagerinvestitionen, der aus spekulativen Gründen vorgenommen wurde, wie auch für den, der in engem Zusammenhang mit der Produktion steht. Dabei könnte der spekulativ bedingte Teil des Lageraufbaus sogar von einem Lagerabbau abgelöst werden. Die Lagerbewegungen beeinflussen indes nicht nur die Produktion im Inland, sondern auch die Einfuhr, namentlich die von Vorprodukten.

### **Deutliche Verlangsamung des Anstiegs der Wareneinfuhr**

Der Übergang von starkem zu verhaltenem wirtschaftlichen Wachstum wird sich in der Einfuhr von Waren widerspiegeln. Besonders ausgeprägt wird dieser Wechsel bei den Importen von industriellen Vorprodukten, weniger bei denen von Fertigerzeugnissen sichtbar werden.

Angesichts der Risiken in der Versorgung mit Mineralöl wird es hier nicht zu einer Verringerung der inzwischen beträchtlich aufgefüllten Bestände kommen; die Importe werden also im Rahmen des laufenden Bedarfs und damit erheblich langsamer als in diesem Jahr steigen — dies um so mehr, als die starke Verteuerung vor allem von Heizöl zu Einsparungen und zur Substitution führen wird. Insgesamt wird sich die Wareneinfuhr 1980 um 4 vH, d. h. weitaus schwächer als in diesem Jahr erhöhen.

Der Außenbeitrag in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, der sich 1979 preisbereinigt vor allem als Folge der starken vorsorglichen Einfuhren von Rohstoffen beachtlich verringert, wird im nächsten Jahr in Reaktion hierauf wohl wieder nach oben tendieren. Die Austauschverhältnisse im Warenhandel werden sich für die Bundesrepublik im Jahresdurchschnitt nochmals etwas verschlechtern; dies gilt allerdings nur für die erste Jahreshälfte, in der zweiten könnte bereits eine gewisse Besserung sichtbar werden.

#### **Konjunkturschwäche — keine Rezession**

Nach einem raschen Anstieg wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktion vorübergehend langsamer erhöhen. Die Gefahr eines Abgleitens in eine Rezession ist gering. Diese Einschätzung ergibt sich vor allem aus der widerstandsfähigen Investitionsneigung der Wirtschaft und den nur zeitweise dämpfend wirkenden Entwicklungen bei Ausfuhr, Lagerbildung und privatem Verbrauch. Im späteren Jahresverlauf wird die wirtschaftliche Entwicklung nur noch wenig von der Ölpreiskrise beeinträchtigt sein. Außerdem dürften von der für Anfang 1981 vorgesehenen steuerlichen Entlastung positive Einflüsse auf das Konjunkturklima ausgehen. Die Wachstumsrate des realen Sozialprodukts wird sich von reichlich 4 vH in diesem Jahr auf 2 1/2 vH im nächsten Jahr verringern.

Die Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt werden relativ gering sein. Zwar wird der Bedarf an Arbeitskräften vorübergehend sinken, doch wird es nicht zu Entlassungen nennenswerten Umfangs kommen. Die Unternehmen werden die Anpassung überwiegend durch Abbau von Überstunden oder durch Kurzarbeit vornehmen und frei werdende Arbeitsplätze nicht sofort wieder besetzen.

In den Dienstleistungsbereichen wird sich die Zahl der Beschäftigten weiter erhöhen, weil dort die Nachfrage stetig wächst. Im Bauhauptgewerbe wird der Bedarf an Arbeitskräften nachlassen, im Ausbaugewerbe weiter hoch bleiben. In der Industrie wird er zwar sinken, doch werden die Unternehmen angesichts des Mangels an Facharbeitern zögern, Arbeitskräfte zu entlassen. Dadurch wird freilich der Anstieg der Produktivität vorübergehend gedrückt. Inge-

samt wird sich der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen in engen Grenzen halten. Wegen des hohen Standes der Beschäftigung zu Jahresbeginn errechnet sich für den Jahresdurchschnitt noch eine geringe Zunahme.

In der Zahl der Arbeitslosen wird die Tendenzänderung im Beschäftigungsverlauf deutlich zum Ausdruck kommen. Da der Vergrößerung des Erwerbspersonenpotentials um mehr als 100 000 Personen keine entsprechende Zunahme der Arbeitsplätze gegenüberstehen wird, erhöht sich per Saldo die Zahl der Arbeitslosen. Hierbei ist die Verminderung durch die Herabsetzung des Rentenalters für Schwerbeschädigte von 61 auf 60 Jahre bereits berücksichtigt. Eine leichte Entlastung ergibt sich aus der Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs und aus einer gewissen Erhöhung der stillen Reserve. Im Jahresdurchschnitt wird sich die Zahl der Arbeitslosen allerdings wegen des saisonbereinigt niedrigen Standes zu Beginn des nächsten Jahres — er liegt weit unter dem Durchschnitt des Jahres 1979 — nur geringfügig erhöhen.

#### **Weitreichende Nachwirkungen des Ölpreisschubs auf Kosten und Preise**

Der Rückschlag bei der Stabilisierung des Preisniveaus, der sich in diesem Jahr ergab, wird bis weit in das nächste Jahr hinein fortwirken: Die Verteuerung von Rohstoffen hat noch nicht alle Verarbeitungsstufen durchlaufen. Außerdem ist unter dem Einfluß der erhöhten Inflationsrate für das nächste Jahr mit größeren Lohnsteigerungen als in diesem zu rechnen. Bei geringerer Zunahme der Produktivität wird sich der Lohnkostendruck und damit auch der Druck auf die Preise verstärken.

Eine Verlangsamung des Preisanstiegs ist daher erst im späteren Verlauf des nächsten Jahres zu erwarten. Sie wird von der Entwicklung der Rohstoffpreise unterstützt werden, ist hier doch aufgrund der weltweiten Konjunkturabkühlung kaum mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Auf der Verbraucherstufe wird sich ferner auswirken, daß eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und eine ähnliche Häufung von administrativen Preisanhebungen wie in diesem Jahr nicht anstehen. Gleichwohl wird die Steigerungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung im Durchschnitt des Jahres 1980 ebenso hoch sein wie 1979.

#### **Wirtschaftspolitische Überlegungen**

Nach der hier vorgelegten Prognose wird der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland im nächsten Jahr unterbrochen. Die Zuwachsrate des Sozialprodukts sinkt von reichlich 4 vH in diesem Jahr auf 2 1/2 vH im kommenden. Diese Entwicklung erklärt sich in erster Linie aus

den Beeinträchtigungen durch die neue Ölpreiskrise. Der von der kräftigen Ölverteuerung ausgelöste Kaufkraftentzug wirkt allgemein nachfragedämpfend. Da solche Wirkungen auch in den übrigen Industrieländern und in den Entwicklungsländern — zum Teil stärker als in der Bundesrepublik — auftreten, kommt zur binnenwirtschaftlichen auch eine außenwirtschaftliche Abschwächung hinzu. Außerdem laufen finanzpolitische Anregungen aus.

Hinter der Verringerung der Zuwachsrate steht im Jahresverlauf eine Entwicklung, die sich nicht nach unten neigt, sondern nach einer Pause wieder nach oben gerichtet sein wird. Die Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt werden deshalb verhältnismäßig gering ausfallen. Für die Wirtschaftspolitik besteht damit kein Zwang zu kurzfristig orientiertem Gegensteuern.

Da sich als Folge des Ölpreisschubs der Preisanstieg in der Bundesrepublik erheblich verstärkt hat und auch in nächster Zeit groß bleiben wird, ist die wirtschaftspolitische Entscheidungsfreiheit ohnehin erheblich eingeengt. Es gilt einer weiteren Ausbreitung der Inflationsimpulse auf die heimischen Preise und Kosten entgegenzuwirken und dabei den schmalen Grat einzuhalten, bei dem Wachstum und Beschäftigung nicht zusätzlich belastet werden.

Die Bundesbank sollte sobald wie möglich ihr Geldmengenziel für das kommende Jahr nennen und keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie dieses Ziel auch einhalten werde. Nur dann ist zu hoffen, daß sich alle am Wirtschaftprozeß Beteiligten adäquat verhalten. Einer auf Verstetigung ausgerichteten Politik würde ein Anstieg der Zentralbankgeldmenge entsprechen, der sich an der Wachstumsrate des Produktionspotentials und dem nicht mehr vermeidbaren Preisanstieg orientiert. Die Zentralbankgeldmenge müßte danach im Jahr 1980 mit einer laufenden Jahresrate von 7 bis 8 vH expandieren.

Die Bundesbank hat die Liquidität im Bankensektor bereits stark zurückgeführt; die Geldmenge ist in den letzten Monaten kaum noch gestiegen. Würde diese Entwicklung anhalten, so wäre außer der notwendigen Eindämmung der Inflation auch mit einer zusätzlichen Dämpfung der realen Nachfrage zu rechnen. Deshalb sollte die Bundesbank alsbald auf den oben beschriebenen Pfad zusteuern.

Die Finanzpolitik will im nächsten Jahr mit der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen beginnen, d. h. zumindest einen Anstieg des Defizits vermeiden. Dabei hat sie offensichtlich vorausgesetzt, daß sich der Aufschwung unvermindert fortsetzt. Obwohl diese Bedingung wohl nicht erfüllt sein wird, sollte sie an ihrem Ziel grundsätzlich festhalten. Die Zeit sollte genutzt werden, die für das Jahr 1981 in Aussicht gestellten Steuersenkungen so vorzubereiten, daß sie unter Beachtung der Folgen für die öffentlichen Haushalte, die Einkommensverteilung und die

Förderung der Leistungsbereitschaft längerfristig bestehen können. Diese Gesichtspunkte sollten auch für die in der Sozialversicherung anstehenden Entscheidungen gelten.

Für die Investitionsausgaben sind in den Haushaltsplänen Ansätze eingestellt, die Stagnation bedeuten, dem Volumen nach sogar einen Rückgang. Selbst wenn man — wie in der Prognose geschehen — mit einer kräftigeren Steigerung der Investitionsausgaben als der in den Plänen angesetzten rechnet, werden die öffentlichen Bauinvestitionen in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres niedriger sein als im zweiten Halbjahr 1979. Da dieser Rückgang aller Voraussicht nach mit einer erlahmenden Wohnungsbautätigkeit zusammentreffen wird, wäre für eine stetigere Entwicklung Vorsorge zu treffen. Dies wäre auch erwünscht, damit die Gebietskörperschaften bei einem Abrutschen der Baukonjunktur nicht in Zugzwang geraten. Nach aller Erfahrung werden überhastet vergebene Projekte teurer als sorgsam vorbereitete.

Der Lohnpolitik stellen sich in den kommenden Monaten Probleme, deren Lösung ein hohes Maß an Verständnis für die Zusammenhänge zwischen Preisen, Löhnen, Wachstum, Beschäftigungsgrad und den wirtschaftspolitischen Rahmendaten erfordert. Die Gewerkschaften haben sich in der von der Ölpreisssteigerung ausgelösten Nachschlagsdiskussion dieses Sommers problembewußt gezeigt. Vieles spricht dafür, daß diese Haltung auch die kommende Lohnrunde bestimmen wird. Es wird indes nicht leicht sein, gegenüber den Mitgliedern Zurückhaltung zu vertreten. Denn diese werden sich an der Verteuerung der Lebenshaltung zum Zeitpunkt der Tarifverhandlungen orientieren, und nicht, wie es sachgerecht wäre, an der zukünftigen Preisentwicklung. Zudem wird in einer Phase der Wachstumsabschwächung der Produktivitätsfortschritt und damit der verteilungspolitische Spielraum in der Regel überschätzt.

In der Prognose sind für 1980 Tarifabschlüsse angenommen worden, die sich nicht allzu weit von denen in diesem Jahr nach oben entfernen. Bei abgeschwächtem Wachstum der Produktion bedeutet dies, daß sich der Lohnkostendruck erhöht und — unter den Annahmen für die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen — die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen etwas schwächer als die Einkommen aus unselbständiger Arbeit steigen. Nach der deutlichen Erholung der Erträge in den letzten beiden Jahren erscheint eine solche Veränderung in der Einkommensverteilung als verkräftbar, ohne daß die Investitionstätigkeit der Unternehmen entscheidend geschwächt wird, zumal im nächsten Jahr für die Unternehmen die bereits im Jahre 1978 beschlossenen Steuerentlastungen wirksam werden.

Eine Eindämmung der Inflation kann nur dann gelingen, wenn die Bundesbank den potentialorientierten Kurs durchzuhalten vermag. Dies könnte vor allem durch Interventionen auf den Devisenmärkten gefährdet werden. Es ist daher notwendig, die wegen der starken Unterschiede in den Inflationsraten auch künftig erforderlichen Wechselkursanpassungen im Europäischen Währungssystem vorzunehmen, bevor es zu massiven Währungsspekulationen kommt. Wechselkursziele gegenüber Drittwährungen, insbesondere dem US-Dollar, vertragen sich ebensowenig wie massive Interventionen im Rahmen des Europäischen Währungssystems mit einer stetigen Geldmengenpolitik. Selbst wenn es gelänge, umfangreiche Devisenzuflüsse mit den üblichen Mitteln der Geldpolitik zu neutralisieren, führte dies zu geldpolitischer Hektik und zur Verunsicherung von Unternehmen und privaten Haushalten.

\* \* \*

Das Institut für Weltwirtschaft, Kiel (IfW), hält eine stärkere Konjunkturabschwächung als die anderen Institute für wahrscheinlich. Der bis zuletzt sehr kräftige Aufschwung ist entscheidend durch wirtschaftspolitische Stimulierung im Inland und Ausland, nicht zuletzt durch eine expansive Geldpolitik, in den Jahren 1977 und 1978 bestimmt. Die Erwartung einer ausgeprägteren zyklischen Abwärtsbewegung ergibt sich vor allem daraus, daß das IfW — neben den von den anderen Instituten genannten konjunkturdämpfenden Einflüssen — der seit Jahresbeginn 1979 betriebenen Geldpolitik für die Prognoseperiode eine beachtliche kontraktive Wirkung auf Produktion und Beschäftigung beimißt. Die nachhaltige Liquiditätsverknappung hat zu einer beträchtlichen Verminderung der monetären Expansion geführt. Sie trat relativ früh und abrupt bei der Geldmenge M1 ein, einer Größe, deren Entwicklung — wie die Erfahrung in den 70er Jahren mehrfach lehrte — frühzeitig und zuverlässig die Wirkung der Geldpolitik auf die wirtschaftliche Aktivität anzeigt.

Angesichts der Dauer und Schärfe der monetären Dezeleration — die laufende Rate von M1 verringerte sich von rund 13 vH im vierten Quartal 1978 auf nahezu Null im dritten Quartal 1979 — ist eine baldige Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität zu erwarten. Neben der als kontraktiv eingeschätzten nationalen Geldpolitik führen auch die vom IfW prognostizierte schwächere Konjunkturentwicklung in Westeuropa und der im Jahresverlauf kaum noch steigende Welthandel zu einer ungünstigeren Beurteilung der konjunkturellen Aussichten für die Bundesrepublik Deutschland. Dies schlägt sich vor allem in der Entwicklung der Exporte und der Ausrüstungsinvestitionen nieder. Die negativen Wirkungen rezessiver Tendenzen in den Industrieländern auf die deutsche Ausfuhr werden für so hoch gehalten, daß trotz positiver Einflüsse von seiten der OPEC-

und Staatshandelsländer der Export im Jahresverlauf 1980 nicht mehr steigt. Dies bedeutet im Vorjahresvergleich eine Zunahme um real nur etwa 3 vH.

Wenn auch die Unternehmen gegenwärtig über reichliche Liquiditätspolster verfügen und sich in einer relativ günstigen Gewinnsituation befinden, so wird die Widerstandsfähigkeit der Investitionsneigung gegenüber den negativen Einflüssen vom IfW geringer eingeschätzt als von den anderen Instituten. Hierfür sprechen eine Reihe von Faktoren: Entscheidend wird die Verschlechterung der Absatzexpectationen sein. Dies gilt um so mehr, als die internationale Wirtschaftsentwicklung mit erheblichen Risiken behaftet ist. Ob der jüngste Rückgang der Auftragseingänge in der Investitionsgüterindustrie solche Tendenzen bereits widerspiegelt, kann noch nicht schlüssig beantwortet werden.

Besonders sichtbar werden dürfte die Investitionsschwäche bei solchen Gütern, deren Kauf ohne nennenswerte Rückwirkungen auf den laufenden Produktionsprozeß verschoben werden kann, wie beispielsweise bei Büromaschinen und Automobilen. Überdurchschnittlich stark wird die Abschwächung der Investitionstätigkeit in der Bauwirtschaft sein, in der nach einem starken Investitionsschub in den letzten Jahren und angesichts beträchtlich nachlassender Nachfrage die Investitionen deutlich abnehmen werden. Im Fahrzeugbau wirkt das Zusammenreffen der Wende in der Automobilkonjunktur, der Ölpreiserhöhung und der restriktiven Wirkungen der Wirtschaftspolitik negativ auf die Investitionsneigung.

Insgesamt wird die Investitionstätigkeit im Verlauf von 1980 wohl leicht rückläufig sein, im Jahresdurchschnitt dürften die Ausrüstungsinvestitionen damit ebenso hoch liegen wie 1979. Gemessen an der Investitionsquote, die 1980 deutlich über dem Durchschnitt der 70er Jahre liegt, bleibt das Investitionsklima dennoch vergleichsweise gut.

Das IfW rechnet nicht damit, daß die Geldpolitik alsbald auf den potentialorientierten Kurs einschwenkt; daher dürften die rezessiven Tendenzen bis weit in das Jahr 1980 hinein anhalten. Es wird angenommen, daß es wegen der noch dominierenden Priorität der Preisstabilisierung auch in den anderen Mitgliedsländern des Europäischen Währungssystems nicht zu konterkarierenden Devisenzuflüssen in die Bundesrepublik kommt. Für die gesamtwirtschaftliche Produktion ergibt sich im Jahr 1980 ein Anstieg von nur 1,5 vH. Im Verlauf des Jahres 1980 dürfte das Bruttosozialprodukt zeitweise sogar sinken. Von Ende 1979 bis Ende 1980 ist bestenfalls eine Stagnation zu erwarten. Folglich wird es im Verlauf des Jahres zu einer merklichen Verringerung der Kapazitätsauslastung und zu einem spürbaren Rückgang der Beschäftigtenzahl kommen.

Die Zahl der Arbeitslosen dürfte Ende 1980 — auch wegen der Vergrößerung des Erwerbspersonenpotentials — saisonbereinigt wieder die Millionen-grenze überschreiten.

Den Annahmen, die in die Prognose des IfW ein-gehen, liegt ein besonnenes Verhalten der Tarifpar-teien zugrunde. Die Gefahr ist jedoch beträchtlich, daß es schlechter kommt.

So ist das Risiko nicht gering zu veranschlagen, daß die Tariflohnabschlüsse höher ausfallen werden als prognostiziert, da die Inflationsraten im Vorjah-resvergleich bis zu den Lohnverhandlungen weiter steigen werden. Die in Kürze erfolgende Umbasie-rung des Preisindex für die Lebenshaltung auf das Basisjahr 1976 wird dazu führen, daß die Preisstei-gerungsrate im Vorjahrsvergleich noch höher aus-fällt. In die gleiche Richtung wirkt, daß von den für

die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen der Eindruck vermittelt wird, die Wirtschaftsentwicklung werde 1980 nur wenig abgeschwächt weiterlaufen. Ein stär-kerer Lohnkostendruck würde aber über die Beein-trächtigung der Investitionsneigung den Abschwung im Jahr 1980 verschärfen, er würde aller Erfahrung nach auch die Erholung danach verzögern. Ebenso ist die Annahme einer unveränderten Sparquote im Jahr 1980 eine eher optimistische Setzung, steigt doch die Zahl der Arbeitslosen beträchtlich.

Nur eine rechtzeitige Warnung vor dem durch die Wirtschaftspolitik in diesem Jahr bereits angelegten Abschwung und eine Diskussion der damit verbun-denen Risiken ermöglicht es, neues Fehlverhalten der wirtschaftspolitischen Instanzen und problem-verschärfende Reaktionen der Tarifparteien zu ver-meiden.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1978 <sup>1)</sup>	1979 <sup>2)</sup>	1980 <sup>2)</sup>	1979		1980	
	Jahre			1. Hj. <sup>1)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>	1. Hj. <sup>2)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>

1. Entstehung des Sozialprodukts  
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen .....	0,7	1	0,5	1,1	1	0,5	0
Arbeitszeit (arbeitstäglich) .....	- 0,6	- 0,5	- 1,0	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 1
Arbeitstage <sup>2)</sup> .....	- 0,2	0	0	- 0,1	0	- 0,5	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich) .....	- 0,1	0,5	- 0,5	0,6	0,5	0	- 0,5
Produktivität <sup>4)</sup> .....	3,3	3,5	3	3,7	3,5	3,5	2,5
<b>Bruttoinlandsprodukt</b> in Preisen von 1970.....	<b>3,2</b>	<b>4</b>	<b>2,5</b>	<b>4,3</b>	<b>4</b>	<b>3</b>	<b>1,5</b>

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen  
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch .....	707,9	759	807	363,5	395,5	388	419
Staatsverbrauch .....	256,8	274,5	294	126,4	148	135	159
Anlageinvestitionen .....	276,5	315	350,5	139,8	175	161	190
Ausrüstungen .....	110,4	124	136,5	57,0	67	63	74
Bauten .....	166,1	191	214	82,8	108	98	116
Vorratsveränderung .....	+ 9,3	+ 23	+ 17	+ 14,7	+ 8,5	+ 12	+ 5
Außenbeitrag .....	+ 37,0	+ 21	+ 22	+ 11,3	+ 10	+ 11,5	+ 11
Ausfuhr .....	348,6	389	424	183,2	205,5	204,5	219,5
Einfuhr .....	311,5	367,5	402	171,9	196	193	209
<b>Bruttosozialprodukt</b> .....	<b>1287,5</b>	<b>1392,5</b>	<b>1491</b>	<b>655,7</b>	<b>737</b>	<b>707,5</b>	<b>783,5</b>

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch .....	6,1	7	6,5	6,8	7,5	7	6
Staatsverbrauch .....	7,0	7	7	7,8	6	7	7,5
Anlageinvestitionen .....	11,0	14	11,5	12,3	15,5	15	8,5
Ausrüstungen .....	10,5	12,5	10	13,6	11,5	10,5	10
Bauten .....	11,3	15	12	11,4	17,5	18,5	7,5
Ausfuhr .....	5,4	11,5	9	8,4	14,5	11,5	7
Einfuhr .....	3,5	18	9,5	14,5	21,5	12,5	6,5
<b>Bruttosozialprodukt</b> .....	<b>7,5</b>	<b>8</b>	<b>7</b>	<b>8,3</b>	<b>8</b>	<b>8</b>	<b>6,5</b>

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1970  
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch .....	470,4	483,5	493	235,1	248,5	239,5	253,5
Staatsverbrauch .....	147,3	151	154,5	73,4	78	75	79,5
Anlageinvestitionen .....	191,4	205	216	93,0	112	100,5	115,5
Ausrüstungen .....	80,8	89	94	41,0	48	43,5	50,5
Bauten .....	110,5	116,5	122	52,0	64,5	56,5	65
Vorratsveränderung .....	+ 6,6	+ 15	+ 10	+ 9,3	+ 5,5	+ 6,5	+ 3,5
Außenbeitrag .....	+ 25,2	+ 21,5	+ 24	+ 9,4	+ 12,5	+ 12,0	+ 11,5
Ausfuhr .....	245,3	262,5	274	125,9	136,5	133,5	140,5
Einfuhr .....	220,1	241	250	116,5	124,5	121,5	129
<b>Bruttosozialprodukt</b> .....	<b>840,8</b>	<b>876,5</b>	<b>897,5</b>	<b>420,2</b>	<b>456</b>	<b>433,5</b>	<b>463,5</b>

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch .....	3,4	3	2	3,4	2	2	2
Staatsverbrauch .....	3,6	2,5	2,5	2,8	2,5	2,5	2,5
Anlageinvestitionen .....	6,3	7,5	5	6,5	8	8	3
Ausrüstungen .....	8,2	10	6	11,1	8,5	6,5	5,5
Bauten .....	4,9	5,5	4,5	3,0	7,5	9	1
Ausfuhr .....	4,4	7	4,5	5,1	9	6	3
Einfuhr .....	5,9	9,5	4	9,6	9	4	3,5
<b>Bruttosozialprodukt</b> .....	<b>3,5</b>	<b>4</b>	<b>2,5</b>	<b>4,3</b>	<b>4</b>	<b>3</b>	<b>1,5</b>

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1978 <sup>1)</sup>	1979 <sup>2)</sup>	1980 <sup>2)</sup>	1979		1980	
	Jahre			1. Hj. <sup>1)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>	1. Hj. <sup>2)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1970 = 100)  
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch .....	2,6	4,5	4,5	3,3	5	5	4
Staatsverbrauch .....	3,3	4	4,5	4,9	3,5	4,5	5
Anlageinvestitionen .....	4,4	6	6	5,5	7	6,5	5
Ausrüstungen .....	2,2	2,5	4	2,2	3	3,5	4
Bauten .....	6,1	9	7	8,1	9,5	8,5	6
Ausfuhr .....	1,0	4	4,5	3,1	5	5	4
Einfuhr .....	— 2,3	8	5	4,4	11	8	3
<b>Bruttosozialprodukt .....</b>	<b>3,9</b>	<b>4</b>	<b>4,5</b>	<b>3,8</b>	<b>3,5</b>	<b>4,5</b>	<b>4,5</b>

5. Einkommensentstehung und -verteilung  
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit .....	711,7	762,5	816,5	364,6	398	391,5	424,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme .....	581,7	623,5	667,5	296,0	327,5	318	349,5
Nettolohn- und -gehaltsumme .....	411,1	442,5	467,5	213,4	229	226,5	241
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen .....	290,7	317	337	140,9	176,5	151	186
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen .....	224,1	247,5	265	106,7	140,5	116	149
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen <sup>2)</sup> .....	192,5	210,5	226	93,4	117	100	126
Nichtentnommene Gewinne .....	31,7	37	38,5	13,3	23,5	15,5	23
Volkseinkommen .....	1002,4	1079,5	1153,5	505,5	574	543	610,5
Abschreibungen .....	144,8	158	174,5	77,2	81	85,5	89,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen .....	140,3	154,5	163	73,0	81,5	79,5	83,5
<b>Bruttosozialprodukt .....</b>	<b>1287,5</b>	<b>1392,5</b>	<b>1491</b>	<b>655,7</b>	<b>737</b>	<b>707,5</b>	<b>783,5</b>

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit .....	6,3	7	7	7,4	7	7,5	6,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme .....	6,3	7	7	7,4	7	7,5	6,5
Nettolohn- und -gehaltsumme .....	7,4	7,5	6	7,6	7,5	6,5	5,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten .....	5,1	5,5	6,5	5,8	5,5	6,5	6,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten .....	6,2	6	5	6,0	6	5,5	5,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen .....	10,5	9	6	12,2	7	7,5	5,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen .....	13,4	10,5	7	15,0	7	8,5	6
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen <sup>2)</sup> .....	4,5	9,5	7,5	10,1	8,5	7	7,5
Volkseinkommen .....	7,5	7,5	7	8,7	7	7,5	6,5
Abschreibungen .....	7,8	9,5	10	8,8	9,5	10	10
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen .....	7,8	10,5	5	4,5	16	8,5	2
<b>Bruttosozialprodukt .....</b>	<b>7,5</b>	<b>8</b>	<b>7</b>	<b>8,3</b>	<b>8</b>	<b>8</b>	<b>6,5</b>

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte  
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme .....	411,1	442,5	467,5	213,4	229	226,5	241
Empfangene laufende Übertragungen .....	221,6	234,5	246	117,1	117,5	123	123
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen .....	211,7	231,5	250	104,0	127,5	112,5	138
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden .....	8,6	10	10,5	4,8	5	5	5,5
Geleistete laufende Übertragungen <sup>2)</sup> .....	25,2	27	28	12,2	15	13	15
<b>Verfügbares Einkommen .....</b>	<b>810,5</b>	<b>872</b>	<b>925,5</b>	<b>417,6</b>	<b>454</b>	<b>444</b>	<b>481,5</b>
Privater Verbrauch .....	707,9	759	807	363,5	395,5	338	419
Ersparnis .....	102,6	113	118	54,1	59	56	62,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote) .....	12,7	13	13	12,9	13	12,5	13

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme .....	7,4	7,5	6	7,6	7,5	6,5	5,5
Empfangene laufende Übertragungen .....	6,0	6	5	5,7	6	5	5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen .....	4,4	9,5	8	9,9	9	8	8
<b>Verfügbares Einkommen .....</b>	<b>6,1</b>	<b>7,5</b>	<b>6</b>	<b>7,6</b>	<b>7,5</b>	<b>6,5</b>	<b>6</b>
Privater Verbrauch .....	6,1	7	6,5	6,8	7,5	7	6
Ersparnis .....	6,4	10	4,5	13,2	7,5	3,5	6

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1978 <sup>1)</sup>	1979 <sup>2)</sup>	1980 <sup>2)</sup>	1979		1980	
	Jahre			1. Hj. <sup>3)</sup>	2. Hj. <sup>3)</sup>	1. Hj. <sup>3)</sup>	2. Hj. <sup>3)</sup>

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates 7)

a) Mrd. DM

<b>Einnahmen</b>							
Steuern .....	331,3	356	379	164,6	191	178	201,5
Sozialbeiträge .....	198,3	212,5	227,5	104,0	108,5	112	115,5
Erwerbseinkünfte .....	11,5	13	13,5	6,6	6	7	6,5
Sonstige laufende Übertragungen .....	14,8	15,5	16	6,8	8,5	7,5	8,5
Empfangene Vermögensübertragungen .....	6,2	6	6	2,7	3,5	3	3,5
<b>Einnahmen insgesamt .....</b>	<b>562,1</b>	<b>603</b>	<b>642,5</b>	<b>284,7</b>	<b>318</b>	<b>306,5</b>	<b>336</b>
<b>Ausgaben</b>							
Staatsverbrauch .....	256,8	274,5	294	126,4	148	135	159
Zinsen .....	22,0	24	26,5	12,5	11,5	14	13
Laufende Übertragungen an .....	251,4	266,5	280	132,7	134	139,5	141
Private Haushalte .....	206,1	218,5	229,5	109,3	109	115	114,5
Unternehmen .....	26,6	28	28,5	12,8	15	13	15,5
Ausland .....	18,7	20,5	22	10,6	9,5	11,5	10,5
Geleistete Vermögensübertragungen .....	29,4	30,5	31,5	13,1	17,5	13,5	18
Nettoinvestitionen .....	38,5	44	47,5	17,8	26,5	20,5	26,5
<b>Ausgaben insgesamt .....</b>	<b>598,1</b>	<b>639,5</b>	<b>679,5</b>	<b>302,5</b>	<b>337</b>	<b>322,5</b>	<b>357</b>
<b>Finanzierungssaldo <sup>8)</sup> .....</b>	<b>— 36,0</b>	<b>— 37</b>	<b>— 37</b>	<b>— 17,8</b>	<b>— 19</b>	<b>— 16</b>	<b>— 21</b>

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

<b>Einnahmen</b>							
Steuern .....	5,6	7,5	6,5	5,8	9	8	5,5
Sozialbeiträge .....	6,9	7	7	7,7	6,5	7,5	6,5
Erwerbseinkünfte .....	17,9	11,5	4,5	13,2	10	3,5	5
Sonstige laufende Übertragungen .....	19,3	4	5	8,2	1	11	1
Empfangene Vermögensübertragungen .....	— 5,1	0	0	1,1	— 0,5	3	— 2,5
<b>Einnahmen insgesamt .....</b>	<b>6,5</b>	<b>7</b>	<b>6,5</b>	<b>6,6</b>	<b>8</b>	<b>7,5</b>	<b>5,5</b>
<b>Ausgaben</b>							
Staatsverbrauch .....	7,0	7	7	7,8	6	7	7,5
Zinsen .....	6,5	10	10	8,6	11,5	10,5	10
Laufende Übertragungen an .....	7,5	6	5	6,5	5,5	5	5
Private Haushalte .....	6,0	6	5	5,8	6	5	5
Unternehmen .....	21,8	4,5	3	14,4	— 2,5	2,5	4
Ausland .....	6,1	8,5	8,5	4,6	13	8,5	8,5
Geleistete Vermögensübertragungen .....	— 3,3	3,5	3	0,6	6	3	3
Nettoinvestitionen .....	14,6	14,5	7,5	9,0	18,5	16,5	2
<b>Ausgaben insgesamt .....</b>	<b>7,1</b>	<b>7</b>	<b>6</b>	<b>7,0</b>	<b>7</b>	<b>6,5</b>	<b>6</b>

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1979, S. 627 ff.) sowie eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität — Abweichungen in den Summen durch Rundung der Angaben in Mrd. DM bedingt. — 2) Vorausschätzungen der beteiligten Institute — Angaben gerundet. — 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigenstunde. — 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 6) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 7) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung. — 8) Summe aller Einnahmen ohne Bruttokreditaufnahme, Darlehensrückflüsse und Entnahmen aus Rücklagen abzüglich Summe aller Ausgaben ohne Tilgung von Krediten, Gewährung von Darlehen und Zuführung zu Rücklagen.

— Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 8. 11. 1979 —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Kregel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.  
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.

— Hierzu zwei Prospekte des Verlages Duncker & Humblot —